

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₤ (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 75 ₤, für Versammlungsanzeigen 50 ₤ die Zeile.

Ein ernstes Wort in ernster Stunde!

Der internationale Kapitalismus hat sich festgefahren. Seine Führer haben Sand in das feine Getriebe des Wirtschaftsmechanismus gestreut. Kein Wunder, wenn der Karren nicht mehr gehen will. Der Wirtschaftsapparat knarrt und stöhnt und mit ihm das Proletariat in allen Ländern. Rund 20 Millionen Arbeiter in den wichtigsten Industrieländern sind die Opfer des kapitalistischen Sandstreuens. Zu der großen industriellen Reservearmee stellt Deutschland ein Vier-Millionen-Kontingent. Ratlos stehen die „Führer“ der Wirtschaft und des Kapitalismus vor dem stillstehenden Wirtschaftsmechanismus. Niemand von ihnen weiß weder ein noch aus. Die meisten der „großen Wirtschaftsführer“ glauben, mit Doktor Eisenbarts-Kuren auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiet die Dinge ordnen zu können. Hirngespinnste schlimmer Art! Niemand von den „Führern“ der Wirtschaft denkt daran, die Wurzel des Übels zu beseitigen. Würden sie den Willen dazu haben, dann müßten sie jenes fluchwürdige kapitalistische System beseitigen, in dessen Fängen sie sich nunmehr verstrickt haben. Wer will den Kapitalisten diese Selbstentmannung zutrauen? Nein, das verlangen wir nicht, weil wir wissen, daß die Überwindung des kapitalistischen Systems die geschichtliche Aufgabe des Klassenbewußten Proletariats sein wird. Gerade in der Gegenwart tritt die Aufgabe und die historische Mission der Arbeiterklasse klar in den Vordergrund.

In Deutschland stehen die Dinge augenblicklich sehr schlimm. Die Arbeiterschaft leidet und erträgt seit Monaten Höllequalen im wahrsten Sinne des Wortes. Immer neue Foltermethoden scheinen die Inquisitoren des modernen Kapitalismus auszubecken, um die Arbeiterschaft zu peinigen. Ein Arbeitsvolk, das zwei Millionen seiner Söhne während des Weltkrieges in den Schützengräben verbluten sah, das alle die Anbill der Inflationszeit ertragen und unter schwierigen Umständen, bei unzureichenden Löhnen der deutschen Wirtschaft der Nachkriegszeit Weltgeltung verschafft hat, soll zum Dank dafür in den Abgrund gestossen werden. Volksverderber in großer Zahl sind am Werke, das graufige Spiel zu vollenden. Vom Kapitalismus gedungene politische Hochstapler und Wegelagerer sind drauf und dran, das neue Deutschland, in dem die Arbeiterklasse nur in ganz bescheidenem Maße mitreden darf, in den Strudel wirtschaftlicher und politischer Anarchie zu stoßen. Dem neuen Deutschland und seiner Arbeiterbewegung gilt der Kampf, der von der Reaktion schon seit Jahr und Tag geführt, nunmehr ernsteste Formen anzunehmen droht.

Um ihre Pläne durchzuführen, haben diese volksfeindlichen Elemente eine neue Taktik erdacht. Das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland soll erschüttert, sein Kredit vernichtet und dadurch eine Wirtschaftskatastrophe von größtem Ausmaß herbeigeführt werden. Bereits im Frühjahr 1929 schrieb der Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Hugenberg, seine bekannten Briefe an amerikanische Finanzleute, in denen er flehentlich bat, Deutschland keine Kredite mehr zu gewähren. Dann begann das unrühmliche Treiben des früheren Reichsbankpräsidenten, Dr. Schacht. Seit seiner Abdankung als Reichsbankpräsidenten reißt er im In- und Ausland herum und versucht in Wort und Schrift Deutschlands Kreditwürdigkeit nachzuweisen. Zu allem Unglück kommen die Wahlen vom 14. September, die das Vertrauen zu Deutschland stark erschütterten. Zu einem Deutschland, das künftig von Nazibuben und Stahlhelmathleten regiert werden soll, hat kein ausländischer Kreditgeber Vertrauen. In Deutschland können sich wenige Menschen die Wirkungen der parteioffiziellen Reden der Nationalsozialisten sowie ihre Äußerungen in den

Landesparlamenten hinsichtlich der Kreditwürdigkeit Deutschlands vorstellen. Sie haben katastrophale Wirkung auf den deutschen Auslandskredit. Das lächerliche, revancheschneubende, in Wirklichkeit antipatriotische Deutschland ist in den Augen des Auslandes keines Kredites würdig. Leider sieht die Regierung tatenlos diesem volksfeindlichen Treiben gewissensloser Elemente zu. Die blutrünstigen Reden bei der Enthüllung des Schlageter-Denkmal im Rheinland, die Quasieleien politischer Analphabeten am Annaberg-Denkmal in Schlesien, die Parade der Stahlhelmathleten in Breslau und die dabei vorgekommene Provokation des Auslandes, die neueste Rede des Generals von Seeckt vor den Münchner Studenten und der vor einigen Tagen stattgefundene Kummel bei einer Denkmalsenthüllung in Döberitz sind direkte Provokationen des Auslandes, die ihren Widerhall in der zunehmenden Vertrauenskrise gegenüber Deutschland finden. Wie lange noch, so fragen wir die Regierung, dürfen diese Elemente unter dem Deckmantel vaterländischer Gesinnung Provokationen und Landesverrat schlimmster Art treiben? Weil es die Arbeiterschaft ist, die gerade jenes Unheil auszukosten hat, das diese politischen Wegelagerer anrichten, verlangen wir, daß die Regierung mit den schärfsten Mitteln einschreitet.

Notwendiger denn je braucht Deutschland heute das Vertrauen der Welt. Mit aller Deutlichkeit haben das die Gewerkschaften in der letzten Bundesausschusssitzung ausgesprochen. Das Vertrauen der Welt kann man sich jedoch nicht erwerben, wenn man sich gebärdet wie der Ochse im Porzellanladen. Welche Wege gegangen werden müssen, um eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Arbeiterschaft in so furchtbarem Maße zu leiden hat, herbeizuführen, zeigt uns die in nachfolgendem Artikel wiedergegebene Entschliebung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Gewerkschaften sind sich ihrer Macht und ihrer Verantwortung voll bewußt. Sie zeigen in der Entschliebung, welche Maßnahmen ge-

troffen werden müssen, um der deutschen Arbeiterklasse soziale Gerechtigkeit und die Möglichkeit neuer Arbeitsgelegenheit zu gewähren.

In der gleichen Zeit, wo der Bundesausschuß des ADGB zu ersten Beratungen versammelt war, traf die Kunde ein von dem finanziellen Entgegenkommen Amerikas gegenüber Deutschland. Deutschland soll mit Wirkung vom 1. Juli 1931 an von den Reparationsverpflichtungen zunächst für ein Jahr entbunden werden. Die finanzielle Entlastung, die sich daraus für Deutschland ergibt, beträgt rund 1,7 Milliarden Mark. Wir dürfen die Hoffnung haben, daß durch dieses Zugeständnis der ganze Fragentkomplex der Reparationen erneut aufgerollt wird. Die Gestaltung künftiger Dinge hängt jedoch im wesentlichen von der politischen Entwicklung in Deutschland ab. Kann sich die Reaktion genau so austoben, wie das seither der Fall war, dann dürfen wir auf wesentliche Verminderungen unserer außenpolitischen Lasten nicht rechnen. Wir richten deshalb in dieser ernsten Stunde die dringende Mahnung an die Reichsregierung, daß sie angesichts der außerordentlich großen Gefahren für die Arbeiterklasse unseres Landes dem gewissenlosen Treiben unverantwortlicher Kreise der Reaktion Halt gebietet.

Wir erblicken in der neuesten Kundgebung des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover einen allerdings noch fernen Silberstreifen. Da die grundlegende Erklärung gerade am Tage der Sonnenwende zu uns gelangte, dürfen wir vielleicht in optimistischer Beurteilung der künftigen Entwicklung auf eine wirtschaftliche Sonnenwende rechnen? Wir sind uns darüber klar, daß der Weg, der uns zur wirtschaftlichen Gesundung führen soll, noch überaus dornenvoll ist. Besonders wird die deutsche Arbeiterklasse noch schwere Anbill zu erleiden haben. Wenn wir einig und geschlossen sind, wenn wir Vertrauen zu den Gewerkschaften haben und an ihrer Stärkung mitarbeiten, dann werden wir diese schwerste Zeit überwinden können. Selbst auf die dunkelste Nacht folgt das Morgenrot eines neuen Tages.

Forderungen der Gewerkschaften zu den Fragen der Gegenwart

Der Bundesausschuß des ADGB. nahm am 20. Juni zu den jüngsten wirtschaftlichen und politischen Ereignissen und zu den Forderungen Stellung, die im Interesse der Arbeiterschaft, auf Grund einer Prüfung der gegenwärtigen Lage von den Gewerkschaften erhoben werden müssen. Die Notverordnung wurde in der Beratung des Ausschusses einer scharfen sachkundigen Kritik unterworfen. Im Bundesausschuß bestand Einstimmigkeit darüber, daß die Bestrebungen zur Abänderung der Notverordnung nachdrücklich gefördert werden müssen. Die Abänderung der Notverordnung müsse in kürzester Frist erfolgen.

Darüber hinaus stellte der Bundesausschuß, ausgehend von den Grundanschauungen der deutschen Gewerkschaften, die Maßnahmen fest, die nach seiner Ansicht der Belebung der Wirtschaft, der Entlastung des Arbeitsmarktes und damit einer Sanierung der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden dienen würden. Nach einem ausführlichen Bericht des Vorsitzenden des ADGB, Kollegen Leipart, und einsehender Debatte wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Überzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni dieses Jahres nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, sie erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschiedenen Kampf für ihre Abstellung in kürzester Frist.“

Angesichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortwährenden umfangreichen Kündigungen von Aus-

landsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein. Daß außerdem eine weitgehende Senkung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Die Wirtschaftsnöte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortab verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung oder für Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden. Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Übernahmeverpflichtung von Handelsmonopolen auf das Reich ersticht ins Auge fassen, zum Beispiel für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Ausland kommen. Solche Reichsmonopole sollen die Möglichkeit der Verhinderung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angelehnt der brutalen Sparmaßnahmen auf sozial-politischem Gebiet ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahmen, die größere Mittel freisetzen wird, müssen erste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamte und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die seitherige, nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben solcher Sonderprivilegien für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meistbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrieexports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbauder Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach schärfster Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungesunde Preispolitik, insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt, die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverkauf; nach ernstlichen Maßnahmen für Arbeitsbeschaffung, insbesondere durch zielbewusste Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlerpolitik; nach der allgemeinen Gefährdung 40 stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiterführen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft, sich in unserem Verband zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen des Bundesausschusses berichten wir an anderer Stelle im Zimmerer.

Vorläufig kein Aufschwung der deutschen Wirtschaft zu erwarten

Noch niemals sind die Veränderungen der Wirtschaft mit so großem Eifer verfolgt worden, wie in dieser schwierigen Zeit. Ein jeder hofft, daß sich das Bild bald einmal bessern möge. Das Institut für Konjunkturforschung hat die Lage der deutschen Wirtschaft Anfang Juni untersucht und berichtet darüber in seinem Vierteljahresheft. Ein Gesamtüberblick vermittelt folgendes:

„Der konjunkturelle Aufschwung der Wirtschaftstätigkeit hat sich während der letzten Monate nicht mehr in gleicher Schärfe fortgesetzt wie vordem. Bei den Verbrauchsgüterindustrie trat — in Reaktion auf eine zum Teil sehr weit getriebene Bedarfsstauung — eine geringe Belebung auf. Der Rückgang in der Beschäftigung der Produktionsgüterindustrien hat sich verlangsamt. Auch am Arbeitsmarkt ist ein gewisser Tendenzwechsel eingetreten. Zwar ist die Arbeitslosigkeit nicht in dem saisonüblichen Maß gesunken; der vordem vorhandene starke Zug zu weiterer konjunktureller Verschlechterung besteht aber nicht mehr im gleichen Grad. Die Überleitung eines bis dahin einseitigen Konjunkturabswungs in eine Reihe von Einzelbewegungen kennzeichnet üblicherweise den Zeitpunkt, von dem ab die Periode schärferer Produktionsrückschläge als überwunden betrachtet werden darf. Gegenwärtig sind aber durch die anhaltende Enge des Kapitalmarktes sowie durch die gespannte Lage der öffentlichen Wirtschaft Faktoren geschaffen, die eine solche Diagnose nicht ohne weiteres zulassen. Dies gilt um so mehr, als die Exportaussichten der deutschen Industrie anhaltend schlecht sind und die Aussichten auf erhöhte Kapitaleinfuhr durch die Verunsicherung, zu der insbesondere die österreichische Bankenkrise geführt hat, noch ungünstiger geworden sind. Die Voraussetzungen für einen Aufschwung sind jedenfalls nicht gegeben. Produktion und Beschäftigung werden sich vielmehr im verbleibenden Teil des Jahres 1931 weiter depressiv verhalten.“

Demnach ist vorläufig auf eine Besserung nicht zu hoffen. Einzelne Gewerbezweige, wie die Textilindustrie, die Schuhindustrie und das Bekleidungs-gewerbe weisen in den letzten Monaten eine gewisse Belebung auf. Bei den Verbrauchsgüterindustrien insgesamt hob sich, wenn die Saisonindustrien ausgeschlossen werden, die Beschäftigung von 55,2 % der möglichen Stundenleistung im Januar auf 59,8 % im April. Die Lage der Produktionsgüterindustrien hat sich eher noch verschlechtert. Der scharfe Zug nach unten, wie im Jahre 1930, ist natürlich nicht mehr zu verzeichnen. Die Wirtschaftstätigkeit in Deutschland entspricht heute etwa derjenigen von 1924. Dies ist ein außergewöhnlich tiefer Stand. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend macht das Konjunkturinstitut folgende Feststellungen: „Noch nie vordem in Deutschland und wohl auch kaum jemals in einem andern Industrieland hat eine Wirtschaftskrise eine völlige Aufhebung der Produktionsvermehrung erzwingen können, die im vorangegangenen Konjunkturaufschwung erzielt wurde. Jeder Konjunkturrückschlag macht halt, bevor noch die Produktion in die Nähe oder gar unter das letzte Krisentief gesunken war, und jeder Konjunkturzyklus hinterließ demzufolge den Produktionsvolumen einen dauernden Gewinn. Deutschland hat gegenwärtig im Gegensatz zu all diesen Erfahrungen keine im Aufschwung (Herbst 1926 bis Anfang 1928) erzielte Produktionsausdehnung völlig hergeben müssen.“

Irgendwelche Anzeichen einer im Zuge befindlichen allgemeinen Belebung sind nach genauen Beobachtungen nicht zu erkennen. Produktion und Beschäfti-

gung werden sich während der kommenden Monate, wenn man von saisonmäßig bedingten Bewegungen absteht, weiter auf einem tiefen Stand bewegen. Die deutsche Wirtschaft wird noch während einer geraume Zeit anhalten. Wenn dies von einer hohen Warte festgestellt wird, so sind aber auf der andern Seite keine Anzeichen zu erkennen, daß es noch wesentlich schlechter wird. Doch wird eine konjunkturelle Besserung im ganzen Jahr 1931 kaum eintreten. Produktion und Absatz werden sich bestenfalls auf dem bisherigen Stand behaupten. Und von diesen Erkenntnissen ausgehend interessiert uns vor allen Dingen die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarktes. Die saisonmäßigen Faktoren werden die Arbeitslosigkeit in diesem Sommer kaum nennenswert unter die viermillionengrenze drücken. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Durchschnitt des Jahres 1931 wird rund 4½ Millionen betragen. Nach den Tendenzen der Konjunkturentwicklung, soweit sie jetzt bereits zu erkennen sind, rechnet das Konjunkturinstitut damit, daß sich die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter zwischen 5 und 6 Millionen halten wird.

So ist die Lage der nächsten Zukunft. Der deutschen Arbeiterschaft steht noch eine schwere Zeit bevor.

Allgemein hatte man damit gerechnet, daß das Jahr 1931 eine Entlastung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes bringen würde. Die tatsächliche Entwicklung der Weltwirtschaft und der deutschen Volkswirtschaft hat derartige Hoffnungen über den Haufen geworfen. Nun müssen wir uns darauf einrichten. Uns scheint, daß nun auch die „Wirtschaft“ verstärkte Anstrengungen machen muß, um diesen schwierigsten Teil der deutschen Krise besser überwinden zu können. Noch befinden sich die Preise auf einer nicht gerechtfertigten Höhe. Stellt doch das Konjunkturinstitut selbst fest, daß die erfolgten Preis-senkungen bei weitem nicht stark genug waren, um einen Ausgleich für die Verluste des Arbeitseinkommens zu schaffen. Die Arbeiter und Angestellten tragen an dieser harten Krise am meisten. Ihnen sind durch die Notverordnung neue Lasten aufgeladen worden. Der gesamte volkswirtschaftliche Apparat muß daraufhin untersucht werden, ob nicht irgendwo Erleichterungen des Wirtschaftsganges erzielt werden können. Wir sehen diese Erleichterungen in der allgemeinen Senkung des Preispiegels, damit die niedrigen Löhne und Gehälter und fargen Unterstützungssätze wenigstens etwas ausgeglichen werden. Hier ist der Hebel anzusetzen.

Die Lage der Weltwirtschaft

Die Rückgangsbewegung hat sich auch in den letzten Monaten in allen von der Weltwirtschaftskrise erfaßten Ländern fortgesetzt. Die Rückgangstendenz war jedoch im allgemeinen leicht abgeschwächt. In einzelnen Ländern — vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika — stieg die Produktion einiger Industriezweige zum Teil sogar mehr als saisonüblich. Der internationale Güteraustausch stand jedoch weiterhin im Zeichen scharfen Rückgangs. In den Weltmärkten sind die sichtbaren Vorräte nicht nur der agrarischen, sondern auch der industriell erzeugten Rohstoffe wieder gewachsen. Die Preise einzelner Rohstoffe, die zu Beginn des Jahres angezogen hatten, sind in den letzten Monaten zum Teil erneut gefallen. Der allgemeine Preisrückgang hat sich infolgedessen wieder leicht verschärft. Auch die Hausse an den internationalen Aktienmärkten wurde im März durch eine neue Baixe abgelöst. Trotz weiterer Verflüssigung der Geldmärkte schreitet die Auflockerung an den Kapitalmärkten nur langsam fort. Die anhaltend geringe Emissionstätigkeit läßt einen raschen und anhaltenden Aufschwung der Weltkonjunktur zunächst noch nicht erwarten. Immerhin dürfte die weitaus größte Strecke der weltwirtschaftlichen Aufschwungsentwicklung bereits durchlaufen sein. Nach den saisonüblichen flauen Sommermonaten dürfte nur noch auf einzelnen Gebieten der Weltwirtschaft mit weiteren starken Schrumpfungen in Produktion, Umsätzen und Preisen zu rechnen sein.

So sieht das deutsche Institut für Konjunkturforschung die Weltkonjunktur Anfang Juni 1931. Diese Forschungsergebnisse glaubt, daß sich die Fragen, ob der Tiefpunkt der Konjunkturentwicklung bereits erreicht ist und ob sich bereits Möglichkeiten eines Wiederanstiegs am weltwirtschaftlichen Horizont andeuten, unmittelbar noch nicht beantworten lassen. Gemilderten Rückgängen, besonders in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Japan und einigen andern meist überseeischen Gebieten, standen erneute Verschärfungen in andern Ländern gegenüber. Außer in den bereits genannten Ländern hält die Abwärtsbewegung noch überall an. Der Welt-handel ist im ersten Vierteljahr 1931 wertmäßig um etwa 16,9 % gegenüber 12,4 % im Vorjahr gesunken. Die konjunkturelle Spanne von Produktion und Verbrauch besteht noch fort. Die Agrarkrise wirkt sich nach wie vor aus. Es ist nicht damit zu rechnen, daß diese, ähnlich wie eine Industriekrise, nach einigen Jahren überwunden ist, sondern die Überwindung derselben wird Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Die Auflockerung des Kapitalmarktes ist noch sehr gering. Eine verhältnismäßig hohe Nachfrage steht einem verringerten Kapitalangebot gegenüber. Durch neuaufergerichtete Staudämme von Zöllen wird versucht, den verstärkenden Kaufkraftstrom zur Inganghaltung der eigenen Produktion einzufangen. Dadurch wird die Weltwirtschaftskrise nur noch verstärkt. Eine gewisse Erleichterung erhalten jene Länder, die an der Verbilligung der Rohstoffe wie der Nahrungsmittel weitgehend profitieren. Die Löhne in diesen Ländern erhalten dadurch eine höhere Kaufkraft. Dies trifft nicht auf Hochschutzzolländer wie Deutschland, die Tschechoslowakei und andere zu, weil hier durch erhöhte Zollsätze eine Verbilligung der Nahrungsmittel verhindert wird. Nach diesen hier aufgezeigten Tendenzen kann mit einer Konjunkturbelebung in der Weltwirtschaft als Ganzes in nächster Zeit nicht gerechnet werden. Es bahnt sich aber bereits eine Entwicklung an, die Aussichten auf eine allmähliche konjunkturelle Konsolidierung in den Industrieländern eröffnet.

Soweit der Warenmarkt in Frage kommt, sind in den letzten Monaten wieder Preisrückgänge zu verzeichnen gewesen. Die Preisrückgänge gegenüber dem Durchschnitt 1927/28 bis zum tiefsten Stand in den letzten Monaten bewegen sich zwischen 15 % für Kohle und 79 % für Kautschuk. Trotzdem ist eine Verlangsamung des Preisrückganges eingetreten. Die Vorratsanhäufung an den Stapelplätzen der Welt hat angehalten. Niedrige Mengen wertvoller Roh- und Halbfabrikate sind trotz der großen Not und der Nachfrage unverkäuflich.

Das wichtigste Merkmal der Weltwirtschaftskrise ist die Belastung, die nach wie vor auf dem Arbeitsmarkt herrscht. Die Zahl der Arbeitslosen in der Welt, die für Ende 1930 mit 19 bis 22 Millionen ausgegeben wurde, ist seitdem noch gestiegen. Es ist jedoch erkennbar, daß die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im ersten Vierteljahr 1931 nicht mehr in gleichem Tempo fortschritt wie vorher. Die Frühjahrssenkung hat sich am wenigsten durchgesetzt in Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich. An der geringen saisonmäßigen Belebung ist die Drosselung des Baugewerbes in erster Linie schuld, ein Merkmal, das in allen Ländern zu ver-

zeichnen ist. In der Weltwirtschaft sieht es also noch trübe aus. Millionen von Arbeitern und Angestellten warten sehnsüchtig darauf, ihre Arbeitskraft in den Dienst des Volksganges stellen zu können. Weil ihnen dies verwehrt ist, müssen sie Not leiden, dieweil Mittel zur Linderung dieser Not, Waren und Geld, genügend vorhanden sind. Indes beraten die „Wirtschaftsführer“, ohne zu irgendwelchen konkreten Vorschlägen zu kommen. Ueber den fruchtlosen Beratungen vergessen die Herren Kommandeure der Wirtschaft, daß sie eigentlich zum Handeln berufen wären.

Die Notleidenden müssen zahlen!

Endlich ist der Schleier gefallen, der so lange die Pläne der Brüning-Regierung über die Deckung des neuen Reichsdefizits verhüllte. Im Grunde bietet das, was sie in ihrer dritten Notverordnung bekannt gibt, keine Überraschung. Davor zu bewahren gab schon die beobachtete Geheimnisträuerei genügende Veranlassung. Zudem sorgten die trotz aller Heimlichkeit über ihre Absichten durchsickernden Mitteilungen dafür, keine optimistischen Hoffnungen bei den Arbeitern aufkommen zu lassen. Trotzdem ist, was die neue Notverordnung dem arbeitenden Volke auferlegen will, ein starkes Stück und geeignet, berechtigte Empörung hervorzurufen. Während man die ersten Lohn- und Gehaltsabbaumaßnahmen noch damit schmachtete zu machen versuchte, daß den Arbeitern, Angestellten und Beamten ein die Herabsetzung ihrer Bezüge ausgleichender Preisabbau in Aussicht gestellt wurde, hält die Reichsregierung die Anwendung eines solchen oder ähnlichen Beschwichtigungsmittels nicht mehr für notwendig. Sie hätte freilich damit auch keinen Glauben gefunden. Kategorisch heißt es nun kurz und unverblümt: Die Notleidenden sollen zahlen!

Einen Trost glaubt zwar die Reichsregierung den von ihren neuen Maßnahmen betroffenen Volksschichten dennoch geben zu müssen. Was sie ihnen zumutet, soll die letzte Belastungsprobe sein. Wer das für wahr halten kann! Derartige Versprechungen sind schon zu oft gegeben und nicht gehalten worden. Noch immer hat man die Schultern des arbeitenden Volkes für die allein tragfähigen gehalten, mochte es auch unter der ihm auferlegten Last fast zusammenbrechen. Und die Geduld der arbeitenden Massen war stets eine so unendliche, daß sie, wenn auch mit Murren und Grollen, die ihnen aufgebürdeten Lasten trugen. In den besitzenden Kreisen fügte man zu diesem Unrecht noch den Hohn und half sich über die im Volke herrschende Unzufriedenheit damit hinweg, daß, Hunde, die bellen nicht beißen. Wozu daher auch Ausnahmen machen oder einmal den Stiel umbrehen! So oder ähnlich ist auch jetzt die Rechnung aufgemacht.

Die besitzenden Kreise stellen sich auf den Standpunkt, daß ihre steuerliche Leistungsfähigkeit erschöpft sei. Das hindert jedoch nicht, daß von dort Millionen und Milliarden in das Ausland verschoben werden, um sie dem Zugriff der Steuerbehörden zu entziehen. Und ebenso beteuern die Unternehmer einschließlich der Großagrarier und Schwerindustriellen in den beweglichsten Tönen, daß die private Wirtschaft infolge der je länger und je mehr untragbaren Steuer- und Soziallasten sowie den hohen Löhnen und Gehältern am Rande des Ruins stehe, aus ihr nichts mehr herauszupumpen sei. Die Regierung Brüning schenkt diesen Klagegeiern vollen Glauben. Steht sie doch mit den Kreisen von Besitz und Kapital in so enger Fühlung, daß sie es nicht über sich gewinnen kann, ihnen gegenüber eine andere Stellung einzunehmen. Daß die Anmaßung dieser Kreise unter solchen Umständen ins Grenzenlose wächst, darf nicht in Verwunderung setzen.

Das sehen wir auch jetzt wieder. Die neue Notverordnung ist nahezu reiflos auf die Belastung der ärmeren Volksschichten zugeschnitten. Sie setzt die Beamtengehälter um 4 bis 8 % herab. Selbst die untersten Gruppen werden davon betroffen. Zugleich wird die Kinderzulage für das erste Kind um die Hälfte, von 20 auf 10 A monatlich herabgesetzt. Bei den leichtbeschäftigten Kriegsoffizern tritt eine Kürzung der Bezüge und der völlige Wegfall der Kinderzulage ein. Die Unterstützung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge werden neben einer Herabsetzung der Unterstützungsdauer wesentlich vermindert. Erhebliche Teile der Arbeiterschaft, insbesondere Jugendliche, werden aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen und haben keinen Unterstützungsanspruch mehr. Den privaten Arbeitern und Angestellten legt man trotz des stattgefundenen Lohn- und Gehaltsabbaus neben der Lohnsteuer noch eine Krisen-

steuer auf. Die bisher üblichen Lohnsteuererstattungen kommen in Wegfall. Daneben wird die Zuckersteuer um das Doppelte erhöht. Der Abbau der Arbeitslosenversicherung wird ergänzt durch eine Verminderung der Wohlfahrtsleistungen und stehen noch weitere Verschlechterungen in Aussicht.

So rigoros diese Maßnahmen gegen die arbeitenden Volksschichten sind, so zartfühlend zeigt sich die Reichsregierung nach der andern Seite. Auch die besitzenden Kreise werden zur Krisensteuer herangezogen, damit wenigstens der Schein gewahrt ist, daß sie nicht ganz leer ausgehen. Im Gegensatz zu den Lohnsteuerpflichtigen, die bereits mit 1300 bis 3600 M. Einkommen 1 % Krisensteuer zahlen müssen, haben die Einkommensteuerpflichtigen nur 0,75 % zu entrichten. Erst von 3600 bis 6000 M. Einkommen steigt bei ihnen die Krisensteuer auf 1 %. Diese Steigerung setzt sich fort und erreicht bei 1 000 000 M. Einkommen 3,5 % und darüber hinaus 4 %. Gewerbetreibende mit einem Einkommen bis zu 4000 M. und Landwirte bis zu 6000 M. bleiben von der Krisensteuer frei. Selbst diese verhältnismäßig sehr geringe Belastung ist aber den in Frage kommenden Kreisen zu weitgehend, und sie erheben darüber ein Lamento, als ob es ihnen an den Krügen ginge. Den Unternehmern geht deshalb die Schröpfung der Arbeiter, Angestellten und Beamten noch nicht weit genug. Ihr Bestreben geht daher auch darauf hinaus, den Lohn- und Gehaltsabbau mit allen Mitteln weiter zu treiben, wozu ihnen die Zeitverhältnisse wie auch das Vorgehen der Reichsregierung den geeigneten Anlaß bieten.

Sind denn nun wirklich die wirtschaftlichen Verhältnisse für die besitzenden Kreise so ungünstig, daß auf keinem andern Wege als dem einer so brutalen Belastung der Vermögenden und Armen eine Sanierung der öffentlichen Finanzen zu erreichen ist? Wenn man die aus den besitzenden Kreisen ershallenden Klagen über die Unlust der wirtschaftlichen Verhältnisse für zutreffend ansieht, könnte es so scheinen. Die amtlichen Statistiken über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland zeigen uns jedoch ein anderes Bild. Während die Ausparierung und Verarmung des arbeitenden Volkes mit Riesenschritten fortschreitet, nimmt die Zahl der großen Vermögen und Einkommen ganz beträchtlich zu. Nach einer im Maiheft der Zeitschrift „Die Tat“ von Ferdinand Fried veröffentlichten Zusammenstellung hat sich die Zahl der Millionäre in Deutschland von 1925 bis 1927 von 2335 auf 2465 vermehrt, was einer Zunahme von 5,5 % entspricht. Demgegenüber ist bezeichnend, daß sich die Zahl der Vermögenssteuerpflichtigen um 2,1 % verminderte.

Das Vermögen der Millionäre hat in der gleichen Zeit eine Steigerung von 5138 auf 5580 Millionen erfahren. Diese Zunahme beziffert sich auf 8,6 %. Die Gesamtsumme der steuerpflichtigen Vermögen erhöhte sich dagegen nur um 0,8 %. Der Vermögensanteil der Millionäre verschob sich hiernach von 7,1 auf 8,7 %, und ihr Durchschnittsvermögen ist von 2,20 auf 2,26 Millionen gestiegen, obwohl noch 130 neue Millionäre hinzukamen. Der gleiche Vorgang spielte sich in den niedrigeren Regionen ab. Das Gesamtvermögen der Gruppen bis zu 100 000 M. nahm um 438 Millionen ab. Demgegenüber erhöhte sich das Gesamtvermögen der Gruppen von 100 000 bis eine Million um 487 Millionen Mark. Ähnlich stieg die Zahl der Einkommenbezieher mit mehr als 25 000 M. jährlich von 44 367 auf 55 356 und ihr Gesamteinkommen von 2,47 auf 3,09 Milliarden Mark. Während sich das gesamte veranlagte Einkommen um 15 % vermehrte, sind die großen Einkommen über 25 000 M. um 21 % und die Spitzeneinkommen über 100 000 M. sogar um 26 % gestiegen.

Diese Ziffern zeigen, was von dem Geschrei der besitzenden Kreise einschließlich der großindustriellen Unternehmer über die bei ihnen bestehende Notlage zu halten ist. Gerade sie sind trotz ihrer Rieseneinkommen die eifrigsten Rufer nach weiterem Lohn- und Gehaltsabbau sowie Verschlechterung der sozialen Leistungen. Gleichzeitig sehen wir, daß es gar nicht so schwer erscheint, eine gerechtere Verteilung der Lasten zur Sanierung der Finanzlage im Reich, den Ländern und Gemeinden vorzunehmen. Statt dessen haben wir es fortgesetzt mit neuen Massenbelastungen zu tun, die das vorhandene wirtschaftliche Elend, unter dem die arbeitenden Volksschichten leiden, noch mehr verschlimmern müssen. Dieser Zustand ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Er muß zu einer steigenden Verbitterung und Radikalisierung der Massen führen sowie Verzweiflungssituationen auslösen, denen nur durch eine schnelle und gründliche Abkehr von der bisher verfolgten Politik zu begegnen ist. Die Regierung hat mit ihrer Notverordnung die arbeitende Bevölkerung zum Abwehrkampf gegen die ihr angebotene Neubelastung herausgefordert. Die Arbeiterchaft wird diesen Kampf aufnehmen, handelt es sich doch für sie um die Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz, die keine Schwächung erfahren darf!

Unsere Verbandszahlstellen in der Wirtschaftskrise

Die wirtschaftliche Krise greift mit unheimlicher Macht in das innere Leben aller gesellschaftlichen Organisationen ein. Nicht nur Reich, Staat, Gemeinden, sondern auch alle sozialen Institutionen führen einen harten Kampf gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Infolge der durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen großen Arbeitslosigkeit sind die Haushalte aller dieser Körperschaften in schwerer Bedrängnis. Allwärts ist eine gewaltige Verringerung des Einnahmefolles und ein riesiges Anwachsen der Ausgaben festzustellen. Die Folgen sind schärfere Maßnahmen zur Erzielung höherer Einnahmen und Drosselung der Ausgaben. Damit tritt zwangsläufig auch ein Stillstand des sozialen Fortschritts ein.

Die Gewerkschaften sind von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise in gleicher Weise betroffen. Die langandauernde Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben es mit sich gebracht, daß auch die Haushalte der Gewerkschaften ein Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben

Was hat der Mann hier falsch gemacht?

Dieses Unfallverhütungsbild des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften zeigt, wie trotz unfallsicherer Einrichtungen durch Leichtsinn und durch Nichtbefolgen der Unfallverhütungsvorschriften Unfälle verursacht werden. Leider ein alltäglicher Fall!

Vorschriftsmäßig sind auf diesem Bilde Transmissionsen und Wellen durch Schutzgitter an beiden Seiten gesichert. Wenn der Verunglückte etwa diese Absperrung nur übersteigt und unter den glatten Wellen hindurchkriecht, um seinen Weg abzukürzen, so hat er schon sträflich leichtsinnig gehandelt. Wenn er aber gar, worauf die zu Boden gefallene Decke hindeutet, an der in Betrieb befindlichen Riemenscheibe oder dem dazugehörigen Lager hantiert hat, so ist das ein grober Verstoß gegen die bestehenden Unfallverhütungsvorschriften, da während des Ganges der Maschine keinerlei Arbeiten an den Transmissionsanlagen vorgenommen werden dürfen. Die Maschine muß vielmehr vorher abgestellt werden.



das kommt davon!

Bestell Nr. 379 - d. Unfallverhütungsbild G.m.b.H. b. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W.9

Schließlich wäre vielleicht auch dieser leichtsinnige Mann glimpflich davongekommen, wenn er vorschriftsmäßige Arbeitskleidung statt eines wehenden Kittels mit lang flatternden Schößen getragen hätte. In Sekundenschnelle rollen sich auf der sich drehenden Welle derartige Kleidungsstücke auf und reißen unbarmherzig die Körper der Betroffenen nach sich, die Welle schleudert sie herum und zerfahert sie in furchtbarer Weise.

aufweisen. Je nach Grad und Umfang der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den einzelnen Organisationen ist die finanzielle Beanspruchung verschieden. Im allgemeinen muß festgestellt werden, daß die zentralen Unterstützungseinrichtungen der Verbände in Zeiten der Wirtschaftskrise stark beansprucht werden. Besonders einschneidend wirkt sich die Krise auf die örtlichen Organisationen der einzelnen Verbände aus.

Auch die Zahlstellen unseres Verbandes sind durch die Krisenereignisse in stärkster Mitleidenschaft gezogen. Im Leben unseres Verbandes bilden ja die Zahlstellen wichtige Verwaltungskörper. Sie haben bedeutende Aufgaben zu erfüllen. Im § 22 unserer Satzungen sind diese Aufgaben umschrieben. Dieser satzungsgemäße Aufgabenkreis hat durch die Praxis noch eine bedeutende Erweiterung erfahren. Erinnerung sei nur an die Mitarbeit unserer Zahlstellen in den Ortsausschüssen und den sich daraus ergebenden weiteren Aufgaben. Diese vielgestaltige Tätigkeit der Zahlstellen hat beträchtliche finanzielle Aufwendungen mit sich gebracht. In vielen Orten sind von den Gewerkschaften gemeinsame Einrichtungen geschaffen worden, die zu ihrer Aufrechterhaltung oft große Mittel erfordern. Es sei nur an die Gewerkschaftshäuser, Arbeiterssekretariate, Gewerkschaftssekretariate, Gewerkschaftsbibliotheken, Jugendheime und sonstige Einrichtungen zu erinnern. Auch in den kleinsten Orten haben die örtlichen Organisationen vielfach gemeinsame Einrichtungen geschaffen, die nicht unbedeutende Mittel zu ihrer Aufrechterhaltung erfordern.

Die wirtschaftliche Krise hat viele unserer Zahlstellen in arge finanzielle Bedrängnis gebracht. Die lange Arbeitslosigkeit der Mitglieder bringt starke Einnahmeausfälle in den Kassen unserer Zahlstellen. Je länger die Wirtschaftskrise andauert, um so stärker ist ihre Auswirkung auch in dieser Hinsicht. Die Einnahmen der Zahlstellen fließen im wesentlichen aus den lokalen Beiträgen der Mitglieder. Durch die lange Arbeitslosigkeit der Mitglieder ist die Einnahmequelle in vielen Zahlstellen fast völlig versiegt. Viele Zahlstellen haben Maßnahmen getroffen, um den Einnahmeausfall zu vermindern. Diese Zahlstellen sind dazu übergegangen, auch während der Arbeitslosigkeit geringe Wochenbeiträge zu erheben. Meistens wird über einen Beitrag von 10 S pro Woche nicht hinausgegangen. Die Leistung eines Wochenbeitrages von 10 S seitens der Arbeitslosen ist gewiß ein Opfer. Diese Opferbereitschaft muß dankbar anerkannt werden, denn unsere arbeitslosen Kameraden sind in den meisten Zahlstellen in der Mehrheit.

Die Schaffung neuer Einnahmen erwies sich in vielen Fällen als nicht ausreichend. Auch die Senkung der

Ausgaben mußte erfolgen. Da die gemeinsamen Einrichtungen der Gewerkschaften unmöglich aufgegeben werden können und eine Senkung dieser Ausgaben den Zahlstellen meist unmöglich ist, erfolgt die Senkung an den persönlichen Verwaltungsausföhlen der Zahlstellen. Die Herabsetzung der Sitzungsgelöhnen und sonstigen Entschädigungssätze der Verbandsfunktionäre mußte erfolgen, weil andere Möglichkeiten nicht bestanden. Dabei muß man die an und für sich geringen Entschädigungssätze und die Tatsache in Betracht ziehen, daß die meisten unserer Funktionäre in den Zahlstellen seit langem arbeitslos sind. Auch größere Zahlstellen mit Angestellten haben mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die finanzielle Notlage zwingt die Angestellten, auf Teile ihres Gehalts zu verzichten. Alle diese Maßnahmen in den Zahlstellen zeigen eine starke Verbundenheit der Funktionäre mit der Organisation und die erfreuliche Tatsache, daß unsere Kameraden in den Zahlstellen unter den mißlichsten Verhältnissen ihren Mann stehen.

Die Vermögensbestände der meisten Zahlstellen sind infolge der Auswirkungen der Wirtschaftskrise und trotz der Gegenmaßnahmen stark zusammengeschmolzen. Es war der Stolz vieler Zahlstellenkassierer, den Vermögensbestand der Zahlstellen zu heben, und sie haben in ihren Zahlstellen wegen ihrer Sparsamkeit recht oft große Anerkennung gefunden. Wie die Vermögenslage sich in den Zahlstellen entwickelt hat, läßt sich aus folgenden Uebersichtserheben. Am Schluß des 1. Quartals rechneten 73 Zahlstellen mit Defizit ab; 89 Zahlstellen hatten einen Vermögensbestand bis 10 M.; 180 Zahlstellen einen solchen bis 50 M.; 115 Zahlstellen wiesen bis 100 M. aus; 299 Zahlstellen bis 500 M. und 78 Zahlstellen verfügten über ein Lokalvermögen bis 1000 M.; mit über 1000 M. Lokalvermögen rechneten 89 Zahlstellen ab. Unter den mit Defizit arbeitenden Zahlstellen befanden sich leider auch größere Zahlstellen. Im Rahmen dieses Aufsatzes soll und kann nicht untersucht werden, ob in diesen Zahlstellen in Zeiten besserer Wirtschaftskonjunktur alles getan wurde, um einen der Größe der Zahlstellen entsprechenden Vermögensbestand zu schaffen. Andererseits ist zu begrüßen, daß 10 der größten Zahlstellen unseres Verbandes zusammen noch immer über ein Vermögen von rund 320 000 M. verfügten. Diese Tatsache beweist die Verschiedenartigkeit der Vermögenslage in den einzelnen Zahlstellen.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Zahlstellen zu kämpfen haben, sind recht groß. Freilich dürfen sie die Zahlstellenvorstände nicht veranlassen, dort zu sparen, wo nicht gespart werden sollte. Wir denken dabei an den Ausbau der Verbandsbibliotheken. Die den Zahlstellen durch die Zentrale zugehende Verbandsliteratur ist Handwerkzeug für die Funktionäre. Wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen, bedürfen sie der Informationsmittel des Verbandes. Darum muß trotz aller finanziellen Schwierigkeiten, mit denen die Zahlstellen zu kämpfen haben, die Lösung doch sein: den Funktionären die Bildungsmittel zu ihrer weiteren geistigen Ausbildung zur Verfügung zu stellen.

Die Zahlstellen werden auch weiterhin noch mit diesen schwierigen Verhältnissen zu rechnen haben. Ihre Kraft wird gestärkt, wenn die Erkenntnis über die Ursachen der Wirtschaftskrise unter den Mitgliedern wächst. Die den Zahlstellen gesteckten Aufgaben dürfen infolge der finanziellen Schwierigkeiten nicht leiden. Es gilt alle Kräfte zusammenzufassen und sie in den Dienst der Bewegung zu stellen, um den Funktionären, die in dieser Zeit reichlich Opfer bringen, das Wirken zu erleichtern. Möge jedes Verbandsmitglied die Kraft aufbringen, mitzutun, denn nur gemeinsames Wirken kann die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zeit überwinden.

Die RGD. „führt“

Die gewerkschaftliche Strategie der RPD. und ihre neueste Schöpfung, die RGD., haben schon des öfteren Zeugnis abgelegt, daß sie total unfähig sind, die Lage der Arbeiterchaft zu verbessern. Dazu bedarf es keiner besonderen Beweisführung. Gewerkschaftlich aufgeklärte Arbeiter überschauen sofort, was mit den Windbeutelleuten dieser Parolenschufter los ist. Gewerkschaftliche Alphabeten fallen natürlich des öfteren diesen politischen Rattenfängern zum Opfer. Zur Durchführung ihrer Niederlagenstrategie brauchen die „Führer“ der RGD. immer wieder unaufgeklärte Arbeiter. Die RGD., die in allen großen Kämpfen der letzten Zeit „führte“, lebt nur von der Dummheit der gewerkschaftlich indifferenten Arbeitermassen. Nur sie sind das Versuchskaninchen, an dem die „großen Arbeiterführer“ der RGD. ihre Doktor-Eisenbarth-Kuren ausprobieren.

Auch bei den Kämpfen in Berliner Baugewerbe gab die RGD. vor, zu „führen“. Es ist interessant, wie die Opposition der RPD. die „Führung“ der RGD. in diesem Kampf beurteilt. In ihrer Zeitschrift „Gegen den Strom“ vom 25. April 1931 wird über den Berliner Kampf der Bauarbeiter und die „Führerrolle“ der RGD. das folgende mitgeteilt:

Sie, (die RGD.) die außer den wenigen hundert streikenden Zimmerern des selbständigen Repschläger-Ladens fast nichts hinter sich hatte, erklärte großschönäuzig, daß „nur die RGD. den Streik führt“. Sie allein hätte überall die Bauarbeiter aus den Betrieben geholt usw. Dazu wurde von den RGD.-Strategen eine eigene, buchstäblich von oben eingesezte „Zentralstreikleitung“ gemacht. Wie wenig diese „Leitung“ hinter sich hatte, das wurde am besten demonstriert bei ihrer „Wahl“. Aus ganzen 118 „Bau delegierten“, von denen die wenigsten gewählt und sehr viele Arbeitslose oder Berufsfremde waren, setzte sich diese „Konferenz“ zusammen. Bei der „Wahl“ der „Streikleitung“ stellte sich dann heraus, daß fast die halbe Sitzung aus J. f. d. B.-Kollegen (Industrieverband für das Baugewerbe) bestand, die sich den Spieß ansehn wollten und dann gegen die „Streikleitung“ stimmten. Trotzdem „führte“ die RGD. Aber sie tat noch mehr. Sie verlangte in dieser Situation vom J. f. d. B., daß er seine Streikleitung auflösen und sich

mit seiner ganzen Organisation der RSD. anschließen soll. Das wurde natürlich abgelehnt. Es war auch nur ein Manöver der RSD.-Strategen. Denn jetzt gründeten sie unter maßloser Beschimpfung des F. f. d. B. den längst geplanten „Einheitsverband der Bauarbeiter“. Das alles war nichts anderes, als die planmäßige Sprengung der Kampffront.

Wohlgemerkt, das schreiben keine Sozialfaschisten und keine Gewerkschaftsreformisten, sondern waschechte „Revolutionäre“ von der RSD.-Opposition. Aber es kommt noch besser. Als dann von allen Gewerkschaften einschließlich des „Industrieverbandes für das Baugewerbe“ der Beschluß gefaßt wurde, den Kampf der Berliner Bauarbeiter abzubrechen, ging das Theater der Niederlagenstrategen erneut los. Wir lesen im „Gegen den Strom“ darüber folgendes:

Stolz erklärte die RSD. für sich allein: „Der Streik wird fortgesetzt.“ Doch, wie gewöhnlich, kein Bauarbeiter, nicht einmal die wildesten RSD.-Schreier, kümmerten sich darum. So endete der Kampf in Berlin wie natürlich auch in allen übrigen Bezirken. Die RSD.-Führung hat dabei in klassischer Form den Beweis erbracht, daß sie nicht nur gegen die reformistischen Gewerkschaften, sondern gegen jede, auch gegen eine revolutionäre Gewerkschaft kämpft, daß diese Führung und diese Taktik für jede Gewerkschaft Gift sein muß.

Dann erhalten die RSD.-Strategen eine saftige Ohrfeige. Die kommunistische Opposition ist der Meinung, daß im Berliner Bauarbeiterkampf große Möglichkeiten für die Bauarbeiter gegeben waren.

Daß sie nicht ausgenützt werden konnten, so lesen wir im „Gegen den Strom“, ist vor allem Schuld der RSD.-Führung. Um so verwerflicher ist es, daß hinter dem RSD.-Manöver diesmal ganz offen die RSD. (rote Gewerkschaftsinternationale) stand. Die RSD., deren Aufgabe ist, alle revolutionären Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung zusammenzufassen, trat hier als Fraktionsmacher der RSD. auf. Diese Aktion gegen kommunistische Arbeitermassen, die das RSD.-Theater ablehnen, soll fortgesetzt werden, wie das Vorgehen der RSD.-Führung gegen den F. f. d. B. in der Frage der Mai-Demonstration beweist.

Daß das RSD.-Theater fortgesetzt wird, daß immer neue Arbeitergruppen auf den Leim kriechen, dafür sorgen schon diese politischen Wegelagerer. Im „Proletarier“ vom 6. Juni 1931, dem Organ des Fabrikarbeiterverbandes, finden wir einen bemerkenswerten Aufsatz, der sich ebenfalls mit der RSD.-Strategie befaßt. Wir lesen dort folgendes:

Der Führer einer Kampftruppe sucht sich für den Angriff den für seine Truppe günstigsten Zeit- und Angriffspunkt heraus, jedenfalls greift er dann an, wenn der Gegner Blößen aufweist, sich also in ungünstiger Situation befindet. Nicht immer kann der Angreifer so handeln. Manchmal zwingt der Gegner, besonders falls er klüger, wenn auch schwächer ist, dem andern seinen Willen auf. Bei der RSD. sind diese Gesetze ungültig. Die RSD. oder ihre Beauftragte, die RSD., wählt zum Angriff immer den für die Unternehmer günstigen und damit für die Arbeiterschaft ungünstigsten Zeitpunkt. Vermutlich will die RSD. nicht in den Verdacht kommen, vernünftig zu sein. Die freien Gewerkschaften wenden den Streik als letztes Mittel im Kampf an, die RSD. und RSD. als erstes. Die freien Gewerkschaften streiten des Erfolges wegen, die RSD. des Streikens wegen! Demnach kann kein Mensch der RSD. den Vorwurf machen, daß sie sich bei ihren Maßnahmen von Vernunftgründen leiten läßt. Leider gibt es immer wieder dumme Arbeiter, die den kommunistischen Ansturm mitmachen.

Es brachte zum Beispiel die Mannheimer kommunistische „Arbeiter-Zeitung“, deren Tapferkeit längst allgemein anerkannt ist, in der Nr. 69 vom 7. April 1931 eine Mitteilung unter der Ueberschrift: „Zwei Notstandsbaustellen stillgelegt“. Dann heißt es in dem folgenden Phrasengebimmel unter anderm:

„Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die diesen Streik führt, ruft die gesamte Bauarbeiterchaft auf, unverzüglich gegen den insamen Lohnraub des profitlüsternen Unternehmertums in den Streik zu treten. — Bauarbeiter, nur durch den organisierten Streik-Kampf unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition könnt ihr den Lohnraub abwehren.“

In ihrer Nummer vom 21. April 1931 brachte dann die „Arbeiter-Zeitung“ eine jämmerliche Erklärung der kommunistischen Streikleitung:

„— Aus strategischen Gründen hat die Streikleitung sich entschlossen, den Streik abzubrechen, um nunmehr mit doppelter Kraft den Kampf unter Führung der RSD. innerhalb der Betriebe fortzuführen —“

Ein vernünftiger Mensch wird sich vor dem Kampf über die „strategischen“ Maßnahmen klar, nicht erst, wenn er seine Tracht Prügel weg hat. Es ist übrigens ein Unfug, wen solche elenden Stümper wie die „Gewerkschaftsführer“ der RSD. ihre Unfähigkeit auch noch öffentlich als „Strategie“ bezeichnen.

Inser Parteiblatt, die Mannheimer „Volksstimme“, Nr. 134, vom 20. Mai 1931, sagt zu dem dummen Streich der RSD.:

„In Mannheim haben die Notstandsarbeiter — also Arbeitslose — einige Male auf das Geheiß der RSD. streiten müssen. Dabei wurden Streiks, inszeniert bei einem Arbeitsobjekt, bei dem es in keiner Weise darauf ankam, ob die Arbeit in diesem Jahre, im nächsten Jahre oder noch später fertig wird, so daß auch die Gewerkschaftsmurken der RSD. hätten ahnen können, daß unter solchen Umständen kein Eindruck auf die Gegenseite ausgeübt werden kann. Das wissen die Kommunisten auch, aber sie wollen eben ihr Durcheinander haben, wie es Moskau von ihnen verlangt. Daß dabei die deutschen Arbeiter stark geschädigt werden, ist diesen unverantwortlichen Quertreibern ganz egal.“

Daß die RSD. von einer Strafführung keine Abnung hat, ist aus ihren „Leistungen“ immer wieder festzustellen. Zum Beispiel hat ein Arbeiter, der den

letzten Streik mitmachen mußte, für zwei Wochen folgende Streik-„Unterstützung“ erhalten:

- 3 Pfund Kartoffeln im Werte von 0,21 M
- 1 Pfund Grieß im Werte von 0,28 "
- 3 Eier im Werte von 0,30 "
- ¼ Pfund Margarine im Werte von 0,19 "
- ½ Pfund Makkaroni im Werte von 0,30 "

Zusammen im Werte von . . . 1,28 M

Kein Pfennig Geld wurde an die Familien der Streikenden ausgezahlt. Zum Streifen gehören eben gewerkschaftliche Organisationen, ein möglichst großer Fonds für Streikunterstützung und Kenner des Arbeitsrechts als Verhandlungsführer. Das alles fehlt den Herrschaften von der RSD. Sie verfügen über eine reichlich große Klappe, und das ist aber auch alles.

Wir brauchen diese Ausführungen nicht mehr zu kommentieren, sie sprechen für sich. Wehe der Arbeiterschaft, die ihr Schicksal solchen „Führern“ anvertraut!

Gegen den Lohnabbau

Lujo Brentano, der große Gelehrte, wendet sich in der „Sozialen Praxis“ gegen den Lohnabbau. Er schreibt: Man spricht kaum einen Unternehmer, der nicht überzeugt wäre, bei unbegrenzter Lohnsenkung — 50 % ist ungefähr die geringste Forderung — die Krise überwinden zu können. So wird mir von sachverständiger Seite geschrieben. Das muß die Besorgnis aller, denen die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt, im höchsten Maße erregen. Der Reallohn ist heute bei uns schon außerordentlich geringer als in unseren Hauptkonkurrenzländern und von der den Arbeitern als Gegenleistung für die Steigerung des Preises von Brotgetreide auf 230 % des Weltmarktpreises versprochenen Senkung der Preise ist in Wirklichkeit nichts zu spüren. Woher dieses Versagen?

Es liegt darin, daß die privatwirtschaftliche Betrachtungsweise die volkswirtschaftliche in Deutschland völlig in den Hintergrund gedrängt hat. Wie Ferdinand Fried in der Monatschrift „Die Tat“ (Novemberheft 1930) ausgeführt hat:

„Wenn die Hälfte der Hüttenwerke nicht arbeitet, aber dennoch in den Bilanzen zu Buch steht, so fressen sie genau so viel Zinsen und Amortisationen wie die arbeitenden Hüttenwerke; das sind die von Schmalenbach sogenannten fixen Kosten. Diese bleiben also unverändert, ob ein Stahlwerk 8 Millionen Tonnen oder nur 4 Millionen Tonnen Stahlerzeugt. Werden nur 4 Millionen Tonnen erzeugt, so verdoppeln sich damit automatisch die „fixen Kosten“ pro Tonne; das heißt, die rechnerischen Selbstkosten steigen so hoch, daß selbst ein künstlich überhöhter Inlandpreis wie beim Stabeisen die Selbstkosten nicht mehr deckt. Die Industrie kann also, je weiter sich die Lage verschlechtert, um so stärker darauf hinweisen, daß sie den Preis nicht senken kann, weil die Selbstkosten immer höher ansteigen. Nun rennt aber die Eisenindustrie gegenwärtig Sturm gegen die Löhne. Wenn sie von notwendiger Senkung der Selbstkosten spricht, dann meint sie immer Senkung der Löhne; sie hat sich da so sehr in eine Zwangsvorstellung verrannt, daß man häufig schon hören kann: die Löhne seien die fixen Kosten. Es herrscht eben auch in den Begriffen eine ganz heillose Verwirrung. In Wirklichkeit macht zum Beispiel der Lohnanteil beim Stabeisen etwa 7 bis 15 % aus, ist also gegenüber den fixen Kosten — zumal gegenwärtig — bedeutungslos. Das Schwergewicht liegt nicht auf dem „gerechten“ Lohn, sondern ausschließlich darin, ob es möglich ist, durch eine Senkung der fixen Kosten vom ungerechten zum gerechten Preise zu kommen. Eine Senkung der fixen Kosten bedeutet aber praktisch Abschreibung der stillstehenden Produktionsanlagen, also Herabsetzung der aufgeblähten Kapitalien unserer Hüttenwerke . . . Diese Aufblähung der Produktionsanlagen und Kapitalien — die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind — ist aber der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeiten des ganzen Systems.“

Fried fährt fort: „Die Verhältnisse des Eisenmarktes wurden ausführlicher exemplifiziert, weil sie in ihrer Krafttypik typisch sind sowohl für die Ueberhöhung der Kartellpreise an sich, als auch für die Ueberhöhung der Preise derjenigen Güter, die durch einen industriellen Bearbeitungsprozeß hindurchgegangen sind, wie das Eisen durch Hochöfen und Hüttenwerke. Denn überall, wo industrielle Anlagen sind, haben sich in gleicher Weise die fixen Kosten erhöht; es entsteht die Phrasen der hohen Selbstkosten, und die Halbstoffe und Fertigwaren verharren bei dem größten Preiseinbruch der kapitalistischen Geschichte auf einem grotesken und utopischen Preisniveau“, und nun zeigt Fried ziffernmäßig wie der Preisstand der verarbeitenden Produkte im Oktober 1930 um 10 % bei Roggenmehl, bis 160 % bei Mauersteinen höher als 1914 gewesen ist. „Eine Preisentwertung“, fährt er fort, „ist für all diese Fabrikate wirtschaftlich unmöglich, solange das kapitalistische System an dem Selbstkostenprinzip festhält, das übrigens ganz unkapitalistisch, vielmehr kameralistisch ist.“

Ich gestehe willig, daß erst dieser Aufsatz Fried's mich auf die geschilderte Wirkung der privatwirtschaftlichen Berechnungsweise der Selbstkosten unserer großen Unternehmungen aufmerksam gemacht hat. Er hat mir den Gegensatz zu dem, was meine Lehrer als die Selbstkosten der Produktion betrachteten, die gedeckt werden müssen, wenn die Dauer der Blüte der Volkswirtschaft gesichert sein soll, drastisch vor Augen geführt. Im Jahre 1868 hat Ernst Engel, der damalige Direktor des preussischen statistischen Büros, in einem berühmten Vortrag über den „Preis der Arbeit“ dargelegt, daß die Selbstkosten der Arbeit aus dem bestehen, was nötig ist, um die Arbeiter in ihrer Jugend, während ihrer Arbeitstätigkeit und in ihrem Alter sowie während der Zeit ihrer Erwerbslosigkeit zu erhalten; ohne dies sei die Fortdauer der Produktion unmöglich. Heute werden die Kosten der nichtproduzierenden Kapitalanlagen zu den Kosten der hergestellten Produkte gerechnet, während die Selbstkosten derjenigen, die das Produkt wirklich herstellen, so gedrückt werden sollen, daß deren menschenwürdige Existenz ausgeschlossen erscheint! Am 15. Mai hat Pabst Pius XI. die Welt vor der Herabsetzung der Arbeitslöhne gewarnt; er hat die Ent-

profetarisierung der Proletarier der Welt als Ziel hingestellt. Bei uns dagegen künstliche Verteuerung des Lebensunterhalts und Senkung der Löhne! Sollte im Kampfe zwischen Profitminimum und Lohnminimum das erstere triumphieren, so dürfte Fried in seiner Prognose recht behalten, daß das kapitalistische System seinem Untergang bei uns entgegengeht und nach furchtbaren Hungerrevolten wird die sowjetistische Planwirtschaft sein Ende sein. Aber noch kann ich nicht glauben, daß eine deutsche Regierung sich findet, die es so weit wird kommen lassen.

Internationale Nachrichten

Der Großkampf in Norwegen

Die grosse Aussperrung in Norwegen dauert nun schon einige Monate, ohne dass ein Ende des Kampfes abzusehen ist. Von der Aussperrung sind ungefähr 85 000 Arbeiter der verschiedenen Berufe betroffen, dazu kommen die auch in Norwegen zahlreichen Arbeitslosen, so dass der grösste Teil der 137 000 Mitglieder des Gewerkschaftsbundes aus dem Produktionsleben ausgeschaltet ist. Der Kampf ist denn auch der grösste und langwierigste, der jeweils in Norwegen ausgetragen wurde. Aus der Tatsache, dass die Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter einen Betrag von ungefähr 1 ½ Millionen Kronen pro Woche erfordert und bisher über 14 Millionen Kronen an Unterstüzungen ausgezahlt wurden, ersieht man, welche Belastungsprobe dieser Kampf für die norwegische Gewerkschaftsbewegung ist.

Wie bereits gemeldet, fordern die Unternehmer unter Hinweisung auf die ausländische Konkurrenz usw. eine Herabsetzung der Löhne um 10 bis 20 %. Ausserdem fordern sie Kürzung der Urlaubsdauer und eine kräftige Herabsetzung der Ueberstundensätze. Demgegenüber fordern die Gewerkschaften die Einführung des Siebenstundentages unter Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne und Arbeitsbedingungen. Nach Verhandlungen mit den Vertretern beider Parteien hatte der staatliche Schlichter einen Schlichtungsantrag gestellt, wonach die Löhne um 7 ½ bis 9 % gekürzt werden sollten, dieser Antrag wurde jedoch von den Mitgliedern fast einstimmig abgelehnt. Dagegen haben die Gewerkschaften sich bereiterklärt, ähnliche Bedingungen anzunehmen, wie sie neulich vom dänischen Schlichter als Grundlage für den Abschluss der allgemeinen Lohnbewegung in Dänemark formuliert wurden.

Der Kampf der norwegischen Arbeiter wird im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften Dänemarks und Schwedens geführt. So fand am 9. Juni in Oslo eine Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen der drei skandinavischen Länder zur Besprechung der Lage statt. Ähnliche Konferenzen der einzelnen Berufsverbände sind ebenfalls abgehalten worden. Auch diesmal haben sich die seit Jahren zwischen den skandinavischen Berufsverbänden bestehenden Gegenseitigkeitsverträge bestens bewährt, indem es auf diesem Wege möglich ist, einen Teil der benötigten Mittel aufzubringen; ausserdem werden auch auf andere Weise Mittel zur Verfügung gestellt. Da die Stimmung und die Solidarität unter den kämpfenden Arbeitern die denkbar beste ist und Streikbrecher praktisch nicht zu verzeichnen sind, wird es den norwegischen Gewerkschaften hoffentlich gelingen, den ihnen aufgezwungenen Kampf erfolgreich zu beenden.

Berichte aus den Zahlstellen

Riel. In unserer am 9. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Genosse Wittmaat über das Thema: „Gewerkschaften und Schule“ und führte dazu unter anderm aus, daß durch die augenblickliche schlechte Wirtschaftslage, von der auch in den nächsten Monaten keine Besserung zu erwarten ist, insbesondere Jugendliche den reaktionären Parteien immer mehr zum Opfer fallen. Dieser klaren unzweideutigen Reaktion mit der ihr anhaftenden kulturellen Reaktion den breiten Massen sichtbar zu machen, muß eine der vornehmsten Aufgaben der gesamten Arbeiterklasse sein. Eine der Hauptaufgaben ist die Weiterbildung der kommenden Generation, wenn sie den entscheidenden Kampf zum Ziele führen soll. Darum müssen auf kulturpolitischem Gebiet die Arbeiterparteien sich unbedingt zusammensinden. Bei unserer Forderung auf Erziehung und Weiterbildung kommt es auf alle Klassenbewußten Arbeiter an, um entscheidende Fortschritte zu machen. Es müssen Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden, um unsere Jugend in die Positionen zu bringen, zu der sie sich eignet. Darum ist der Schulkampf ein ganz eminent wichtiger Kampf, und die Schule ein Faktor der Arbeiterschaft, dem leider nicht immer die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt wird. Daß dieses zutrifft, beweist der Kampf der Nationalsozialisten in Braunschweig gegen die Schule, und daß im Zusammenhang hiermit alle diffidentischen Lehrer aus ihrer Stellung entfernt wurden. Es muß eine Schule geschaffen werden, die allen Schichten des Volkes auf Grund ihrer Qualitäten Rechnung trägt. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß in Zukunft auch die Arbeiterschaft mehr als bisher sich für die Erziehungsmethoden in den Schulen ihrer Kinder kümmern, um damit die Gewähr zu haben, unsere Jugend auch in unserm Sinne heranzubilden. Ueber den Verlauf der Bezirksarbeitsverhandlungen berichtete Kamerad Marten. Ein verbindlicher Schiedsspruch wurde vom Haupttarifamt gefällt. Somit sind die Tarifbestimmungen für das Gebiet „Nord“ geregelt. Unter Eingänge wird eine am 30. Mai stattgefundenen Erhebung zur Kenntnis genommen. Die Erwerbslosenziffer beträgt für das Gebiet Riel und Umgegend immer noch zirka 60 %. Schärfter Protest wurde gegen die Notverordnung erhoben. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten fand die sehr anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

UNTERHALTUNG & WISSEN



Einmal wird die Heimkehrstunde glafen

(Wenige Stunden vor Neuseeland.)

Weiter südwärts kann ich nicht mehr wandern, zog von einem Erdteil rubelos zum andern: eine Schranke ist der Ferne auch gefest.

Möglich ist erreicht des Weges Mitte, und es gehen, wie du wendest, alle Schritte heimatsnäher, wo die Sehnsucht manches Auge neigt.

Tage, Nächte, nicht zu zählen, rauscht das Meer um den schlanken, spielseugleichen Schiffsleib her, und ich lebe, wie ein Mönch der alten Zeit, in mich versunken.

Einmal aber, fern noch heute, wird die Heimkehrstunde glafen

und das Foghorn einem kleinen Hafenschlepper blasen: dankbar bin ich, der beglückt und voll getrunken dieses Erdballs Schönheit über alle Maßen.

Rurt Offenburg.

Wir fahren um die Welt

Tempel vom Heiligen Zahn.

Wie anders leben, hat man etwas Phantasie, in der Vorstellung die Dinge als in der Wirklichkeit! Da stehst du endlich vor dem Dalada Milagawa, dem Tempel Buddhas. Und deine erstaunten Europäer Augen misstrauen, dein oft allzu romantisches Herz ist zweifelnd: das soll er sein, der Heilige Tempel? Diese weißgefaßten Mauern um den Kuppelbau? Komische Sache: hundert Schritte davon stehen die Hotels für die Ladies und Gentlemen, für die reisenden Amerikaner und Engländer. Und man merkt auf Schritt und Tritt, die englischen Pfunde und die Dollars verbarben die Bevölkerung. Es ist auch hier schon Fremdenindustrie: Postkarten und Souvenirs, Hausierer mit Käfern in Glaskästen, mit Holzschmuckereien und getrockneten Blumen lungern vor den Hotels und an der Straße.

Dann ging ich nach der Tempelpforte; dachte: hier hört die Betriebsamkeit, das kaufmännische Anreizertum der Außenwelt auf. Hier ist Ruhe, Stille, Sammlung; die Würde eines heiligen Ortes. (Jetzt, viele Tage später, muß ich lachen; jetzt, während ich diese Zeilen schreibe, lache über mich selbst, meine Naivität und — den Schnickschnack der Welt.) Nichts von allem war, was ich gedacht, erhofft hatte. Rognäßige Jünglinge kamen, als ich die Tempelpforte durchschritten hatte, und schnorren Geld, bevor sie die Herrlichkeit zeigen wollten. Außerdem mußte man sich in ein klebriges Buch einschreiben. Vor-ausbezahlung wurde abgelehnt — und es ging. Nämlich den Tempel zu besichtigen. Von außen! Das besagt: die Säulen mit den Bronzearbeiten, Holzschmuckereien. Die gefalkten Steinwände, die Buddha verherrlichen.

Das Innere, — vielleicht ist es wirklich heilig. Wenn vierhundert Millionen Menschen Buddhas heiligen Zahn anbeten, dies blanke Elfenbeinstück, groß wie der Eckzahn eines Stiers. (Ich ergatterte ein Photo, da war er zu sehen, der heilige Zahn auf der goldziselierten Lotosblume.) Eine Woche zuvor, da waren die Feiertage und Gelegenheit, das Heiligste des Heiligen zu besichtigen. Ich konnte es nicht wagen.

Dann auf dem kurzen Weg durch den kühlen Hof — duftend nach Räucherkerzen und welkenden Lotosblüten — war plötzlich ein Jahrmarkt um mich. Mädchen und Knaben wollten Souvenirs an den Mann bringen. Mit Lärm und Gefauch und Zahlengeschnatter. Und der Führer schwatze und schwatze wie ein Papagei. Souvenirs und Zahlen und Geschwafel, nicht auf einer Bodenmesse, sondern in Buddhas Tempel vom Heiligen Zahn...

In der Bibliothek aber war es still. Der Priester im gelben Mantel kam aus der Tiefe eines Kellers. Er neigte den Kopf zur Begrüßung wie ein Weltmann und sprach ein philologisch einwandfreies Englisch. Er führte mich durch den seltsam eckigen Raum: da standen die ältesten Bücher Indiens in vielen Reihen. Sie waren nicht breiter, die Bücher, als drei Finger, aber ein Meter lang. Und ich sah auf Palmenblätter geschrieben die jahraufendalte Weisheitslehre und die — Kommentare. Die Kommentare... Du verstehst: das sind die unfruchtbaren Nachgeburt.

Der Priester war freundlich. Man spürt beim ersten Anblick, ob gegenseitige Sympathie oder nicht. Auf Reisen noch mehr als daheim. Schau einem ins Antlitz oder sag' zu ihm: „Wie wär's mit 'nem Glas Wein?“ Gleich wirst du spüren: das ist ein Zugvogel, ein ganzer Kerl; der ein Miesepeter und Berechner.

Also: Der Priester war freundlich. Nicht, weil er mir etwas auf ein Palmblattchen schrieb — mit einem Stahlstift wird es eingekratzt, dann das Ganze mit Tusche überstrichen und wieder abgewischt, und in den Ritzen bleibt sie haften und die Schrift ist sichtbar — und es als Andenken mitgab. Er sagte... Vergessen, was er schrieb. Ich kann nicht zwei Stunden meinen Koffer durchwühlen. Gleichgültig, was er sagte. Jedenfalls, er war ein Mensch unter all dem Schnorrergesindel.

Schließlich kam das Schönste: Wie ich auf dem weißen Altan stand, hinab sah in den Tempelhof, darin Schildkröten sich fielen. Wie ich den Turm erblickte, klar sich spiegelnd im stillen Wasser des Randsyees. Und Palmen wiegen darüber hin, zärtlich und still. In der klaren Luft des frühen Mittags.

Zum Schluß kam das Häßlichste auch: Die Bettler und Bettlerinnen im Außenhof und an der Tempelmauer. Den roten Betsaft triefend aus den Mundwinkeln; verfilztes Haar, spindeldünne Arme, Beine; in Lumpen,

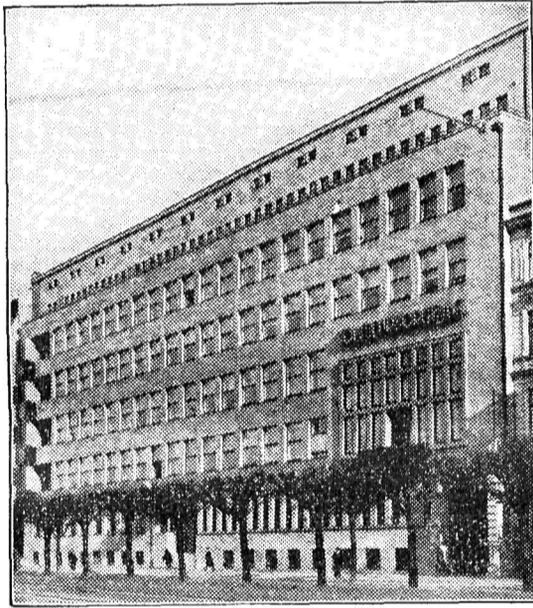
in Fegen von Fegen. Krank, ausgemergelt, durchfeucht; nur voll Energie im Betteln. Bruchstücke von Menschen, wie man sie nur in Indien sehen kann. Ich warf ihnen Geld hin (wer wird die Kranken berühren, ihnen die Münzen in die Hand geben?); sie bückten sich nicht, sie stürzten in den weißen Staub, als hätte sie einer niedergeschlagen.

Nachts tanzten sie durch meinen Traum. In ihren ausfäugigen Händen trugen sie den sechsfachen Schrein, darin auf der goldenen Lotosblume Buddhas heiliger Zahn ruht. Es kamen immer mehr Bettler: alle Ausfäugigen des Vierhundert-Millionen-Volkes; aus den eifigen Bergen des Himalaja kamen sie herunter und aus den Städten und von den Ufern des Indus und Ganges und von allen Küsten kamen sie nach Randy... Rurt Offenburg.

Das Verwaltungsgebäude der Volksfürsorge

Nach zweijähriger Bauzeit nahm am 1. Juni die Volksfürsorge ihr neues Verwaltungsgebäude in Hamburg in vollem Umfange in Betrieb. Das achtgeschossige Gebäude, direkt an der Außenalster gelegen, macht einen imposanten Eindruck. Es ist als Eisenblettbau konstruiert. Das Äußere zeigt eine schlichte Architektur. Die Wände sind mit dünnen schwäbischen Kalkplatten verkleidet. Zur Belebung der Fassade bestehen einzelne Umrahmungen aus grünem Porphyrt. Die Herstellung erfolgte in zwei Abschnitten und war eine willkommene Unterstützung des daniederliegenden Baugewerbes.

Die innere Einrichtung ist schlicht, aber zweckmäßig. Erfreulich sind insbesondere die großen hellen Büroräume, beiderseitig mit großen Fensterbändern versehen.



Schmuckstücke des Hauses sind die beiden mit Zitronenholz verkleideten Sitzungsräume. Große lustige Umkleide-räume für das Personal und helle Kantinenräume, ausgestattet mit den modernsten Hilfsmitteln, sind ebenfalls vorhanden.

Bei allen neuen Bauten der Arbeiterschaft haben wir beobachtet können, daß die Zweckmäßigkeit immer im Vordergrund gestanden hat. So ist es auch beim Bau der Volksfürsorge. Jeder Winkel des Hauses und jeder geschichtete Stein ist zweckbestimmt. Vielleicht gelingt es gerade dadurch den Arbeiterorganisationen immer wieder, auch einen architektonisch eindrucksvollen und wichtig wirkenden Bau zu erstellen.

Die Volksfürsorge begann bei der Gründung mit der Abwicklung der geschäftlichen Tätigkeit in zwei kleinen Räumen. Mit der Ausdehnung des Geschäftsbetriebes und mit dem ungeheuren Aufstieg des Unternehmens wuchsen auch die nötigen Räume, und so entstand jetzt das Haus in Hamburg, in dem die Betreuung der 2,2 Millionen Versicherten erfolgt.

Die Volksfürsorge hat von besonderen Einweihungsfeierlichkeiten abgesehen und dafür den Arbeitslosen in Hamburg eine größere Summe zur Verfügung gestellt.

Die Wärmewirtschaft der Hausfrau

Nicht nur in den Zeiten des Weltkrieges und der Inflation ist das Gebiet der Wärmewirtschaft (Kohlenverföhrung usw.) von „brennendem“ volkswirtschaftlichen Interesse gewesen. Auch heute beschäftigen den Ingenieur und den Kaufmann unter dem Zwange der Kosten-senkung die Fragen wirtschaftlicher Energieerzeugung und Energieverwendung sehr lebhaft. Viel weniger bekannt ist es, daß auch die Hausfrau einen ganz beträchtlichen Teil des Gebietes der Wärmewirtschaft beherrscht und daß auch an sie der Ruf ergeht, in ihrem Bereich zu ihrem Teil die Bestrebungen nach zweckmäßiger Wärmewirtschaft (in Ofen und Herd) zu fördern. Entfällt doch von dem jährlichen deutschen Gesamtverbrauch an mineralischen Brennstoffen von etwa 150 Millionen Tonnen allein ein rundes Drittel auf die vielen Millionen

von Haushaltungen; und macht doch die Verfeuerung von Holz und Torf in Ofen und Herden ein Vielfaches von der sonstigen Verwendung als Feuerungsmittel bei diesen Stoffen aus!

Eine wie große Verfügungsgewalt über die wärmenden und heizenden Energien sich in den Händen unserer Hausfrauen befindet, ersieht man aus der Tatsache, daß sie mit einem jährlichen Kohlenverbrauch von etwa 27 Millionen Tonnen dicht hinter den gesamten deutschen Eisenhütten (etwa 33 Millionen Tonnen) rangieren. Hält man sich einmal diese Ziffern vor Augen, so leuchtet sofort ein, welche Ansunmen von Energie und Geld ungenutzt buchstäblich zum Schornstein hinausgeschagt werden, wenn eben die Hausfrau sich nicht richtig verhält. Fachleute haben berechnet, daß ein einziger schlecht ausgeführter und unzuweckmäßig beheizter Ofen die Hausfrau jährlich um 35 M. schädigt. Die Hausfrau hat es daher zum Teil selbst in der Hand, ihre Ausgaben für Heizungskosten, die immerhin 3 bis 5 % des Einkommens ausmachen, nicht unnötig, das heißt ohne Gegenwert, anzuwaschen zu lassen.

Diese Sachlage hat das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit veranlaßt, unter Mitwirkung der Hausfrauen und anerkannter Fachleute, zum Beispiel der Arbeitsgemeinschaft für Brennstoffersparnis, die wärmewirtschaftlichen Fragen im Haushalt zu untersuchen und diese Untersuchungen zu einfachen und leicht faßlichen Rat-schlägen für die Hausfrau zu verarbeiten. Bei diesen Arbeiten mußte der Mannigfaltigkeit der Ausführungen der Ofen und Herde — zum Beispiel werden im Westen des Reichs bekanntlich eiserne Ofen und Herde bevorzugt, während der Ofen die Domäne der Rachelöfen ist — Rechnung getragen werden. Aber es ließen sich doch eine ganze Reihe von allgemein zu beachtenden Richtlinien gewinnen, die in zwei Heften des „Hauswirtschaftlichen Lehrdienstes“ des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, betitelt: „Heize wirtschaftlich in Ofen und Herd!“ festgelegt worden sind. Das eine Heft (Nr. 4) behandelt die Rachelöfen und Rachelherde, das andere (Nr. 5) die eisernen Ofen und eisernen Herde. Auf Grund einer reichen Bildersammlung werden Möglichkeiten für die Einsparung von Heizkosten erläutert. Die Auswahl zweckmäßiger Ofen- und Herdformen wird erleichtert; leicht durchzuföhrnde Umgestaltungen von vorhandenen Ofen und Herden machen sich durch Verminderung der Aufwendungen für Brennstoffe selbst bezahlt. Aber auch bei Bedienung der Ofen und Herde können die Hausfrauen zum Beispiel durch Verwendung richtiger Brennstoffgrößen und durch richtiges Ausschütten des Heizmaterials zur Verbesserung der Wärmewirtschaft in ihrem umfangreichen und bedeutenden Herrschaftsbereich beitragen. Wiederum werden durch Vorträge usw., besonders die hauswirtschaftlichen Schulen, Hausfrauenvereine und sonstige Organisationen für die Verbreitung dieser neuzeitlichen Gedankengänge sich wirkungsvoll einsetzen können. Wärmewirtschaft im Hause ist immer aktuell: selbst im heißesten Sommer am Herd für den im Winter reparaturbedürftig gewordenen Ofen! (Der Preis der beiden Hefte ist auf je 50 S. festgesetzt worden.)

Für ein neues Volkslied!

Das Preisaus schreiben des Sozialistischen Kulturbundes für ein einfaches, leicht verständliches, mitreisendes Lied hat eine über Erwarten lebhaftes Resonanz gefunden. An die 600 Lieder sind eingewandt worden. Die Prüfungskommission, bestehend aus Walter Hänel (Arbeiter-sängerbund), Klaus Pringsheim (Musikredakteur des „Vorwärts“), Hermann Reichenbach (Staatliches Seminar für Volks- und Jugendmusikpflege) und Heinz Thießen (Akademische Hochschule für Musik), gibt jetzt das Prüfungsergebnis bekannt. Der größte Teil der Einsendungen war unbrauchbar. Es war überraschend, festzustellen, wie weit noch das billige Klischee der Liedertafel und des Stammtischfantasy verbreitet ist. Demgegenüber wurden die Werke ausgezeichnet, die in Form und Inhalt eine eigene Note suchen. Der Träger des 1. Preises, Ernst Lothar Knorr, Berlin, ist durch seine Arbeiten für die Jugendmusikbewegung bereits bekannt. Seine beiden preisgekrönten Lieder: „Bei Sonne in Nächten“ (Grünbaum) und „Mein Vater geht auf das Hammerwerk“ (Wellen) zeigen eine so klare Faktur, daß ihre Melodie sehr bald im Gedächtnis haften bleibt. Ebenso wie Knorr gelingt es dem 2. Preisträger, Hans Ziegler, Tübingen, eine einstimmige Melodie von solcher Kraft zu schaffen, daß sie ohne Begleitung dem Ohr genügt: „Das hohe Lied der Arbeit“ (Schönlank) und „Angezählte Hände sind bereit“ (Bröger). Das Lied „Weißt Du, um was es geht?“ des 3. Preisträgers Kurt Manschinger, Augsburg, verlangt demgegenüber die Stütze einer tanzartigen Begleitung. Doch hat die Melodie eine so selbstverständliche, volkstümliche Frische, daß sie die Auszeichnung verdient. Außer diesen drei Preisträgern sind noch einige Lieder mit Anerkennung ausgezeichnet worden, weil sie besonders eigenartige Lösungen bieten. So vereint Paul Lacroix, Düsseldorf, in kühner Antinomie einen pazifistischen, sozialistischen Text mit einer schmissigen Schlagermelodie, die niemanden mehr löst, der sie einmal gehört hat. Amgelehrt macht Karl Meiberg, Hannover, den ebenso kühnen Versuch, in der alten pentatonischen Tonart einen sozialistischen Choral zu schreiben und Hermann Wunsch, Berlin, schreibt einen Friedenshymnus in einfacher volkstümlicher Weise. Das Problem des Verhältnisses von Qualität und Popularität ist damit wieder einmal aufgeworfen, und es wird sich zeigen, wie weit die preisgekrönten Lieder tatsächlich Allgemeingut werden.

Werdet Mitglied der Büchergilde Gutenberg!

Auskunft erteilen die Vertrauensleute des Deutschen Buchdruckerverbandes

Baugewerbliches

Entschliessungen des vierten Bauarbeiter-Schutzkongresses

Entschliessung I.

Dem unermüdblichen Drängen der organisierten Bauarbeiter ist es in Verbindung mit einer fortschrittlicheren sozialpolitischen Gesetzgebung der Nachkriegszeit gelungen, eine Besserung und Vereinheitlichung des Bauarbeiter-Schutzes zu erreichen. Aber immer noch ist die Forderung der vorangegangenen drei Bauarbeiter-Schutzkongresse nach einem Reichsbauarbeiter-Schutzgesetz, das sowohl unfallverhütende als auch sittlich-sanitäre Vorschriften enthalten müßte, unerfüllt.

Anfallgefahren und Gesundheitschädigungen aller Art sind infolge der veränderten Bauweisen, der vermehrten Maschinenverwendung und der Leistungssteigerung der Bauarbeiter gewachsen. Obwohl die Unfallverhütungsvorschriften der Bauberufsgenossenschaften durch ihre Zusammenfassung und Vereinheitlichung eine Besserung erfahren haben, bedürfen sie doch noch dringend einer ergänzenden Verstärkung durch reichsgesetzliche Bestimmungen und ihre Durchführung einer noch umfassenderen Kontrolle unter Mitwirkung der Arbeiterschaft.

Der vierte Bauarbeiter-Schutzkongress fordert daher von der Reichsregierung eine weitere Förderung des Bauarbeiter-Schutzes in vorstehendem Sinne und mahnt gleichzeitig die organisierten Bauarbeiter aller Berufe zur nachdrücklichen Pflege des Verantwortungsbewußtseins und damit des Selbstschutzes als vornehmstes Mittel zur Minderung der Berufsgefahren.

Entschliessung II.

Der vierte Bauarbeiter-Schutzkongress Berlin 1931 erkennt an, daß einige deutsche Länder in der Nachkriegszeit durch den Erlass neuer Bestimmungen sich um die Verbesserung des Bauarbeiter-Schutzes bemüht haben.

Diese Bestimmungen in Verbindung mit der kurz vor dem Abschluß stehenden Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften für den Hoch-, Tief- und Eisenbau lassen künftig bei richtiger Durchführung einen wirksameren Gefahrenschutz im Baugewerbe erwarten.

Damit und auch durch den vorliegenden Entwurf des Reichsarbeitsministers — einer Musterverordnung zum Schutze gegen Gefahren bei Bauarbeiten — ist die auf den früheren Bauarbeiter-Schutzkongressen aufgestellte Forderung nach reichsgesetzlicher Regelung des Bauarbeiter-Schutzes noch nicht restlos erfüllt. Der Kongress erwartet von der Reichsregierung, daß sie bei der weiteren Ausgestaltung des Bauarbeiter-Schutzes diesem Ziel entgegensteuert.

In einer Reform der Bauaufsicht sieht der Bauarbeiter-Schutzkongress eine der Reichsregierung obliegende vordringlich zu lösende Aufgabe. Hierbei sind die vom AOB im Jahre 1928 zum Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes gemachten Vorschläge über die Vereinheitlichung der Bauaufsicht als Grundlage zu nehmen.

Der baugewerblichen Arbeiterschaft ist in der Bauaufsicht ein größerer Einfluß einzuräumen. Es ist eine vermehrte Einstellung von Baukontrolleuren aus den Reihen der Bauarbeiter bei allen zur Zeit für die Bauaufsicht zuständigen Stellen vorzunehmen. Die Bewerber sind von den Spitzengewerkschaften vorzuschlagen. Den gleichen Stellen ist bei der Regelung der Anstellungs- und Besoldungsbedingungen, bei der Aufstellung von Dienstanweisungen und in den Fragen der Weiterbildung der Aufsichtsorgane Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Der Bauarbeiter-Schutzkongress bedauert, daß die Befugnisse der Baukontrolleure noch sehr unterschiedlich und in vielen Fällen außerordentlich beschränkt sind. Die Baukontrolleure sind mit derartigen Befugnissen auszurüsten und ihr Anstellungsverhältnis ist so zu festigen, daß sie tatsächlich und ohne Verzögerung in der Lage sind, den Bauarbeiter-Schutzbestimmungen Geltung zu verschaffen.

Von der Reichsregierung erwartet der Bauarbeiter-Schutzkongress, daß sie den zuständigen Länderministerien empfiehlt, die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Baukontrolleure nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln.

Der Bauarbeiter-Schutzkongress ist der Ansicht, daß durch eine intensive und zweckentsprechende Ueberwachung der Baustellen eine bessere Befolgung der Schutzbestimmungen und damit eine Senkung der hohen Unfallziffer im Baugewerbe erreicht werden kann. Er erhebt Protest gegen die Bestrebungen, die Baukontrolleure abzubauen, und erwartet angesichts der gegenwärtigen nicht ausreichenden Ueberwachung der Bauten eine schärfere Aufsicht durch eine weitere Vermehrung der Stellen für Baukontrolleure.

Das Mitbestimmungsrecht der Versicherten in allen Fragen, für die die Träger der Unfallversicherung zuständig sind, ist zu erweitern. Der Artikel 161 der Reichsverfassung spricht von einer maßgebenden Mitwirkung der Versicherten. Dafür fehlt aber für die Unfallversicherung in der Reichsversicherungsordnung noch der gesetzliche Unterbau. Der Kongress richtet deshalb an die Reichsregierung die Bitte, unverzüglich dem Reichstag einen Gesetzentwurf zu einer entsprechenden Aenderung der Reichsversicherungsordnung vorzulegen.

Entschliessung III.

Der vierte Bauarbeiter-Schutzkongress erblickt in den Bauarbeiter-Schutzkommissionen die geeignetste organisatorische Form zur Förderung der Bauarbeiter-Schutzbestrebungen, der alle örtlichen Verwaltungsstellen der dem AOB, und dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände, soweit ihre Mitgliedschaften ganz oder teilweise im Baugewerbe arbeiten, beizutreten verpflichtet sind.

Die Bauarbeiter-Schutzkommissionen haben für die Durchführung der örtlichen Aufklärungsarbeit auf dem Gebiete des Bauarbeiter-Schutzes zu sorgen. Als geeignete Hilfsmittel hierzu dienen die Verbreitung der einschlägigen Literatur, das Versammlungswesen, die Gewerkschafts- und Tagespresse und das Lichtbild in jeder Form.

Die Bauarbeiter-Schutzkommissionen haben ferner für die örtliche Durchführung der Schutzvorschriften zu wirken. In enger Zusammenarbeit mit den Baukontrolleuren der Baupolizei, der Gewerbeaufsicht und den Berufsvereinigungen soll das Ziel — die Verhütung von Unfällen und die Schaffung hygienischer einwandfreier Baustelleneinrichtungen — erstrebt werden. Besondere Sorgfalt ist auf die Durchführung der Jugendschutzbestimmungen zu legen. Den Bauarbeiter-Schutzkommissionen wird aufgegeben, für die Anstellung von Baukontrolleuren einzutreten und die Baukontrolleure bei der Ausgestaltung ihres Dienstverhältnisses zu unterstützen.

Die Bauarbeiter-Schutzkommissionen haben die Landeskommissionen und die sozialpolitische Abteilung des AOB durch Feststellungen und Ermittlungen bei dem Ausbau der Schutzbestimmungen zu unterstützen und so für die weitere Verbesserung der örtlichen Schutz- und Fürsorgebestimmungen einzutreten.

Entschliessung IV.

Durch die Verwendung neuerzeitlicher Imprägnier- und Kyanisiermittel zur Erhaltung und Konservierung von Holz- und Bauteilen entstehen für die Arbeiter besondere Gefahren, weil diese Stoffe zum Teil starke Gifte enthalten. Besonders sind es die beim Kyanisieren von Baubölgern verwendeten Quecksilbersublimatlösungen, Montaninlud, Kupfervitriol, Zinkchlorid und Zinkvitriol, deren Eigenschaften für den Arbeiter besonders gesundheitsgefährlich sind. Die Verwendung von Imprägniermitteln, wie Barol, Mikrosol, Antimerulion, Preofoin-Perfon, Naphtha-Pheboleum, Naphthalin, Kresofot-Karbonsäure und Karbolium ist gleichfalls gesundheitsgefährlich, und es treten bei Verwendung dieser Mittel Erkrankungen in Erscheinung. Auch die Verwendung von Antimon-Karbolium und von Sublimatlösungen ist außerordentlich gesundheitsgefährlich.

Der Bauarbeiter-Schutzkongress fordert von den Gesundheitsbehörden des Reiches und der Länder eine schärfere Beobachtung der gesundheitschädlichen Wirkungen auf die Arbeiter, die sich bei der Verwendung der vorerwähnten Imprägnier- und Kyanisiermittel ergeben. Die zuständigen Zentralbehörden des Reiches und der Länder werden aufgefordert, Merkblätter auszuarbeiten, die auf die Gefahren und die zu beobachtenden Sicherheitsmaßnahmen aufmerksam machen. Die Verwendung von besonders gefährlichen Imprägniermitteln ist zu verbieten.

Entschliessung V.

Die Technisierung der Betriebe, die Verkürzung der Bauzeiten, vielfach hervorgerufen durch Sparmaßnahmen in bezug auf Baugelde, haben dem Baugewerbe neue Anfallgefahren gebracht. Die Wirtschaft und die Technik müssen sich darüber klar sein, daß mit der Durchführung ihres Programms Verluste an Arbeiterleben nicht aufzuwiegen sind. Wir fordern deshalb von der Wirtschaft und der Technik größeren Arbeiterschutz bei den neuen Arbeitsmethoden. Das Verantwortungsgefühl mancher Wirtschaftsführer wird in dieser Beziehung nicht immer unfern Forderungen gerecht, deshalb stellen wir an die öffentlichen Organe die Forderung nach besseren Schutzmaßnahmen. Hierzu ist es notwendig, die Zahl der Ueberwachungsbeamten zu erhöhen und die vorhandenen und die neu einzustellenden Ueberwachungsbeamten mit den modernen Baumethoden, mit den neuen Baumethoden wie überhaupt mit der Technisierung des Baugewerbes vertraut zu machen. Unter der Fortentwicklung der Technik und der Einführung moderner Bauweisen darf der Schutz von Leben und Gesundheit des arbeitenden Menschen nicht leiden und deshalb: „In erster Linie Schutz dem arbeitenden Menschen.“

Gewerkschaftliches

12. Ausschusssitzung des AOB.

Der Ausschuss des AOB trat am 20. Juni im Reichswirtschaftsrat zu seiner 12. Sitzung zusammen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Bundesvorsitzende Leipart in ehrenden Worten des Kollegen Heinke, des unermüdblichen Vorkämpfers des Bauarbeiter-Schutzes, der vor einigen Wochen im Alter von über 80 Jahren aus seinem an erfolgreicher Tätigkeit im Interesse der Arbeiterschaft reichen Leben geschieden ist.

In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes wies Leipart unter anderem darauf hin, daß der Bundesvorstand zu der Frage des neunten Schuljahres Stellung genommen und eine Eingabe zu der Sanierung der Invalidenversicherung an die Reichsregierung gerichtet habe. Sowohl die Richtlinien zum neunten Schuljahr wie die Eingabe zur Invalidenversicherung sind aus der Presse bekannt. Leipart streifte kurz die Ausschusssitzung des AOB in Madrid und die bisherigen Vorschläge der vom AOB und der AIZ eingeleiteten Komitees, in dem Lord Robert Cecil eine führende Rolle spielt, wird die Einberufung einer großen Friedenskonferenz angeregt, die in Paris stattfinden soll. Diese Konferenz soll sich an die weitesten Kreise richten. Der AOB und die AIZ haben ihrerseits schon früher davon abgesehen, eine solche allgemeine Konferenz in Vorschlag zu bringen.

Leipart ging dann auf diejenigen Bestimmungen der Notverordnung ein, die auf die Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit in bestimmten Industrien abzielen. Die vorgesehenen Maßnahmen entsprechen in keiner Weise der Forderung der Gewerkschaften nach allgemeiner gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Reihe von Verbänden sind vom Reichsarbeitsministerium zu Besprechungen in der nächsten Woche geladen worden. Leipart erörterte kurz die dadurch geschaffene Sachlage.

Der Bundesausschuss wird sich auch mit der Frage der Lehrlingsordnung beschäftigen müssen. Der Standpunkt der Gewerkschaften war stets, daß die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge im Tarifvertrag geregelt werden sollen. Nun sind eine Reihe von Verbänden dazu übergegangen, nicht nur die Lehrverhältnisse, sondern auch

die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge in der Lehrlingsordnung zu regeln.

In der Aussprache wurde von den Vertretern der einzelnen Organisationen der Standpunkt vertreten, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit, wie in der Notverordnung geplant, nur dann durchgeführt werden dürfte, wenn sie mit einem Einstellungsdruck verbunden sei. Ebenso muß ein Lohnausgleich gefordert werden. Ebenfalls wurde darauf hingewiesen, daß an der Forderung der Gewerkschaften zur Einführung der 40-Stunden-Woche festgehalten werden müsse. Die Arbeitszeitverkürzung liegt im großen Zuge der Entwicklung und sie darf nicht nur unter dem Eindruck der gegenwärtigen Krise beurteilt werden.

Leipart stellte in seinem Schlußwort als die einmütige Auffassung des Bundesvorstandes fest, daß der Einstellungsdruck auch in den Durchführungsbestimmungen festgelegt werden müsse. Bei dem Kampf um die 40-Stunden-Woche ist zu beachten, daß ihre Durchführung erst dann den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen wird, wenn sie verbunden ist mit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

Die Verhandlungen über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur allgemeinen Lage“ leitete Leipart mit einem kurzen Bericht über die Schritte ein, die der Bundesvorstand bei der Reichsregierung und dem Reichsarbeitsministerium unternommen haben, um vor der Veröffentlichung der Notverordnung die Auffassung der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. Er erwähnte insbesondere den Brief, den er einige Tage vor der endgültigen Formulierung der Notverordnung an den Reichskanzler gerichtet habe. Als die Notverordnung erschienen war, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem Afa-Bund Stellung genommen und seine Meinung in Erklärungen dargelegt, die gleichfalls in der Presse erschienen sind. Er hat seine ablehnende Haltung auch in einer Unterredung begründet, die Vertreter aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichskanzler, dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister am 15. Juni gehabt haben. Leipart wies in dieser Unterredung insbesondere darauf hin, daß der Lohnabbau mit Hilfe der Schlichtungsorgane ununterbrochen fortgesetzt werde und daß trotzdem neue schwere Belastungen in der Notverordnung den Arbeitnehmern zugemutet würden. Es war bezeichnend, daß die Vertreter aller Gewerkschaften in ihrer absoluten Ablehnung der sozialen Angelegenheiten der Notverordnung einig waren. Von der Einberufung des Reichstages war in der ganzen Unterredung mit keinem Wort die Rede. Die christlichen Gewerkschaften hatten weder Anlaß noch Gelegenheit, sich in dieser Hinsicht von den freien Gewerkschaften zu distanzieren, wie in einer Korrespondenz behauptet wurde. Die Vertreter der Gewerkschaften unterließen auch nicht auf die Dinge hinzuweisen, die in der Notverordnung befremdlicherweise überhaupt nicht berührt worden seien. Nichts stehe zum Beispiel darin über die Kontrolle der Kartelle. Die Vertreter der Reichsregierung verteidigten die Unabänderlichkeit der Notverordnung im gegenwärtigen Augenblick mit dem Hinweis auf die Argumente, die ihnen bei den eingeleiteten Verhandlungen über die Revision der Reparationsregelung entgegengehalten worden seien. Wenn diese Notverordnung jetzt nicht durchgeführt werde und die Regierung zurücktrete, so werde jede kommende Regierung zu noch viel schärferen Maßnahmen gezwungen sein. Die Gefahr eines Zusammenbruchs der Wirtschaft und weit größerer sozialer Not könne nur gebannt werden, wenn die Finanzen des Reichs geordnet würden. Dazu sei auch erforderlich, daß im Ausland der Eindruck vermieden werde, der Regierung sei es mit ihren Sparmaßnahmen nicht ernst. Der Reichskanzler wie die beiden andern Minister gaben die Brutalität der Bestimmungen der Notverordnung zu, sie sei aber nicht zu vermeiden gewesen und sie könnten sich jetzt nicht auf überlastete Aenderungen einlassen, die ja nicht nur von Seiten der Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden Parteien gefordert würden, sondern auch von ihren Gegnern.

Die Notverordnung ist in Kraft getreten. Was ist nun weiter zu tun? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird gewiß keine Zeit verstreichen lassen, entsprechend der in der letzten Stunde vom Reichskanzler gegebenen Zusicherung, in eine Beratung über Aenderung von Einzelheiten einzutreten, diese Verhandlungen möglichst bald aufzunehmen. Die Frage ist, in welcher Form die Gewerkschaften ihre Forderungen auf Abänderung der Notverordnung am wirksamsten vertreten und am schnellsten durchsetzen können.

Leipart schloß seine Ausführungen ab mit einer eingehenden Begründung der Entschliessung, die der Bundesvorstand vorlegte.

In der Debatte kam in den Reden der Verbandsvertreter die einmütige, schärfste Ablehnung der Notverordnung zum eindeutigen Ausdruck. Nachdrücklich wurden von allen Rednern die geradezu unerträglichen Eingriffe in das Tarifrecht hervorgehoben.

Für die Bauarbeiter schafft die neue Notverordnung ein neues Ausnahmerecht, das alle bisherigen Maßnahmen, die in den letzten Jahren in gleicher Richtung gingen, noch überbietet. Die Bauarbeiter können heute kaum damit rechnen, auch nur den vierten Teil des Jahres beschäftigt zu sein. Unter diesen Verhältnissen wäre auch der höchste Lohn nicht ausreichend, die Bauarbeiter und ihre Familien zu erhalten. Von allen Seiten wurde mit größter Entschiedenheit die Forderung erhoben, die hohen Pensionen zu kürzen. Die Art, in der die kleinen Einkommen besteuert werden, widerspricht dem Geist der Verfassung mindestens so schroff wie die Kürzung der hohen Pensionen ihrem Buchstaben.

Die finanzielle Notlage, die noch nicht überwunden ist und verschärft wurde durch die politische Krise, wäre durch den Sturz der Regierung sicher überaus schwierig geworden. Diese Situation muß in Erwägung gezogen werden, wenn man die politischen Entscheidungen der letzten Wochen verstehen will. Ihr Sinn war, eine weitere Erschütterung des deutschen Kreditystems zu vermeiden, eine Gefährdung der Währung zu verhindern. Es galt,

eine schlimmere Situation zu verhüten. Greifbare Kredite für das Kapital bedeuten in der heutigen Situation Arbeit für die Arbeiter. Das müssen auch die Arbeiter auf die Dauer einsehen. Ebenso wie sie einsehen müssen, daß bei fünf Millionen Arbeitslosen die Abwehrmittel der Arbeiterorganisationen begrenzt sind. Die sozialpolitischen und lohnpolitischen Gefahren, die eine durch die Ablehnung der Notverordnung hervorgerufene politische Krise heraufbeschworen hätte, wären unvergleichlich schlimmer. Niemand kann das bestritten. Die Gewerkschaften haben beim Lohnabbau wie durch ihre Entscheidung in der letzten Woche Schlimmeres verhütet. Denn manche Länder und noch viel mehr Gemeinden standen vor der Situation, nicht mehr ihre Beamten bezahlen, nicht mehr ihre Renten auszahlen zu können. Das wäre eine finanzielle, eine wirtschaftliche, eine politische Katastrophe gewesen. Gewiß, die Solidarität der Arbeiter ist die stärkste und beste Waffe. Diese Solidarität mit einem Schläge einzusetzen wäre scheinbar auch eine Möglichkeit gewesen, die zum Erfolg hätte führen können. Tatsächlich sind aber außerparlamentarische Waffen in der heutigen Situation schwer anwendbar. Die Frontscheidung in Besitzende und Nichtbesitzende ist heute keine so klare, wie manche Heißsporne denken. Denn innerhalb der großen und wachsenden Schicht der Nichtbesitzenden und Abhängigen bestehen so starke Gegensätze, daß an ein gemeinsames Vorgehen nicht zu denken wäre. Weber die Kommunisten noch die deklarierten Mittelschichten würden mit der organisierten Arbeiterschaft sich zu gemeinsamem Kampf zusammenschließen.

Auch heute ist die finanzielle Situation noch keineswegs gesichert. Die Devisenabzüge haben sich in den letzten Tagen wieder gesteigert. Die Maßnahmen, die die Reichsbank in dieser Situation ergriffen hat und ergreifen kann, sind ihrem Wesen nach zweischneidiger Natur. Immerhin wächst im Ausland das Verständnis für die schwierige Lage Deutschlands. Gewisse Anzeichen von Hilfsbereitschaft sind vorhanden. Aber einmal ist die Berichterstattung über die Vorgänge in Deutschland in der ausländischen Presse sehr ungünstig und steigert das Mißtrauen, dann aber ist es mit der bloßen Hilfsbereitschaft allein nicht getan. Auch die amerikanischen Banken sind in keiner so günstigen Lage. Das gleiche gilt in noch höherem Maße für England. Es gilt am wenigsten für Frankreich. Daher wurde in der Debatte von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß Frankreich vielleicht am ehesten für die Gewährung langfristiger Kredite in Betracht kommen könne. Am Schluß der Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung, die wir schon an anderer Stelle der vorliegenden Nummer veröffentlichten, vom Bundesausschuß einmütig angenommen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung über die Schaffung von Lehrlingsordnungen in den einzelnen Gewerben hielt Kollege Schlimme einen instruktiven Vortrag, über dessen Ausführungen und die dazu eingegangene Stellung des Bundesausschusses wir in der nächsten Nummer des „Zimmerer“ ausführlich berichten werden.

Am Schluß der Sitzung sprach Kollege Leipart der Sozialdemokratischen Partei den Dank der Gewerkschaften für den moralischen Mut aus, den sie in den Stunden schwerster politischer Entscheidungen gezeigt hat. Die Schicksalsgemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die sich in diesen letzten Wochen in einer der großen Tradition beider Zweige der Arbeiterbewegung würdigen Weise bewährt hat, wird sich auch den kommenden Zeiten gewachsen erweisen.

Wirtschaftspolitisches

Zur Arbeitsmarktlage in Deutschland

In der zweiten Hälfte des Monats Mai ist die Arbeitslosigkeit weiter zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich um 144 000 vermindert, 4 067 000 Arbeitslosen Ende Mai bei den Arbeitsämtern eingetragen. Als Hauptunterstützungsempfänger bei der Arbeitslosenversicherung wurden 1 579 000 gezählt. In der Krisenfürsorge war eine Zunahme von 15 000 auf 929 000 Unterstützungsempfänger zu verzeichnen. Die saisonmäßigen Einflüsse haben am meisten zur Gestaltung der Lage beigetragen. Im Laufe der letzten Monate fand eine Entlastung des Arbeitsmarktes insgesamt um 913 000 statt. Trotz dieser erheblichen Entlastung ist die Arbeitslosigkeit noch sehr hoch. Ende Mai 1930 waren 2 635 000 Erwerbslose vorhanden. Da Ende Mai die Entlastung des Arbeitsmarktes aus saisonmäßigen Gründen den Höhepunkt zu erreichen pflegt, ist von dieser Seite her mit einer größeren Entlastung des Arbeitsmarktes kaum zu rechnen. Ein Arbeitslosenstand von 4 Millionen am Anfang Juni ist ein Warnungszeichen von großer Eindringlichkeit.

Die deutsche Auswanderung geht zurück

Im Kalenderjahr 1930 haben 37 085 Deutsche ihre Heimat mit überseeischem Reiseziel verlassen. Davon waren 19 816 oder 53,4 % männlichen und 17 269 oder 46,5 % weiblichen Geschlechts. Von Jahr zu Jahr ist ein Rückgang der Zahl der Auswanderer eingetreten. 1927 wanderten 61 000, 1928 57 000 und 1929 49 000 Personen nach Übersee aus. Dieser Rückgang liegt weniger in einem Nachlassen des Auswanderungsdranges, sondern vielmehr in den verschärften Einwanderungsbedingungen der Hauptemwanderungsländer. So haben die Vereinigten Staaten die Einwanderungsziffer auf 10 % der seit dem 1. Juni 1929 geltenden Anteile herabgesetzt. Argentinien erhebt Anfang 1931 für das Passivum für Einwanderer 33 Goldpesos oder 129 M. Brasilien, Kanada, Australien und andere Länder haben jede Einwanderung verboten. Von der Gesamtzahl der Auswanderer gingen 68 % nach den Vereinigten Staaten und 12 % nach Kanada. Der Rest verteilte sich auf andere Länder.

Die scharfe Diskonterhöhung der Reichsbank

Die deutsche Reichsbank hat mit Wirkung vom 13. Juni den Diskont- und Lombardsatz um 2 % auf 7 bzw. 8 % erhöht. Diese folgenschwere Maßnahme zeigt blizartig die Schwierigkeit der Verhältnisse in Deutschland. Man be-

denke: in den Vereinigten Staaten beträgt der Wechseldiskont der Notenbanken 1 1/2 %, in Frankreich, Holland und in der Schweiz 2 %, in London 2 1/2 % usw. Der Leihfuß der deutschen Reichsbank übergebenen Wechsel liegt um 4 1/2 bis 5 1/2 % über denen der mit deutschen Industriewaren konkurrierenden Länder. Diesen scharfen Eingriff in die deutsche Wirtschaft hat die Reichsbank für notwendig erachtet, weil sie seit Mai in steigendem Maße gezwungen war, Gold und Devisen abzugeben. Es waren nicht immer wirtschaftliche Verhältnisse, die diesen Gold- und Devisenabfluß verursachten, sondern außen- und innenpolitische. Dazu beigetragen hat vor allem der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt. Folgte doch das Ausland daraus, daß die Verhältnisse in Mitteleuropa allgemein sich auf schwankendem Boden aufbauen. Schuld haben auch die innenpolitischen Verhältnisse. Die Notverordnung hat das deutsche Volk wie einen Ameisenhaufen durcheinandergebracht. Sogar Regierungsparteien, wie die Deutsche Volkspartei, glaubten der Regierung die Gefolgschaft verweigern zu müssen, weil sie ihren reaktionären Wünschen nicht weit genug entgegenkommen sei. Andere Schwierigkeiten politischer Art sind hinzugekommen. Anstatt auf eine Geldverbilligung rechnen zu können, muß die deutsche Wirtschaft eine erhebliche Verteuerung der Zinssätze in Kauf nehmen. Welche schwere Belastung diese Kreditverteuerung bedeutet, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Der Wirtschaft wird eine weitere Fessel angelegt. Das arbeitende Volk leidet darunter am meisten. Es scheint fast als würden alle Teufel losgelassen, um den furchtbaren Krisenzustand zu verschärfen.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Rechtliches über Sozialversicherung und Lehrlinge?

1. Krankenversicherung: Gemäß § 165 der Reichsversicherungsordnung unterliegen alle Lehrlinge — ohne Rücksicht auf das Lebensalter — der Krankenversicherungspflicht. Dieses trifft auch dann zu, wenn keinerlei Vergütung vom Lehrherrn an die Lehrlinge gewährt wird. Allerdings erhalten die ohne Entgelt beschäftigten Lehrling im Erkrankungsfall nur Krankenpflege, das heißt freie ärztliche Behandlung und Arzneien, also kein Krankengeld, wie es sonst satzungsgemäß den übrigen Rassenmitgliedern stets gewährt wird.

2. Invalidenversicherung: In ähnlicher Weise ist auch gemäß § 1126 der Reichsversicherungsordnung für Lehrlinge die Invalidenversicherungspflicht ohne Rücksicht auf das Lebensalter gegeben, sofern sie gegen Entgelt beschäftigt werden. Wird also keine Entlohnung an die Lehrlinge gewährt, so sind sie invalidenversicherungsfrei; auch gilt hier freier Unterhalt nicht als Entlohnung, so daß auch die nur freien Lebensunterhalt erhaltenden Lehrlinge nicht der Invalidenversicherungspflicht unterliegen.

3. Angestelltenversicherung: Die auf Grund ihrer Beschäftigung zum Kreise der Angestelltenversicherungspflichtigen gehörigen Personen — also auch Lehrlinge — unterliegen nur dann der Angestelltenversicherungspflicht, wenn ihr monatliches Entgelt 10 M übersteigt.

4. Unfallversicherung: In Verfolg § 544 der Reichsversicherungsordnung sind in versicherungspflichtigen Betrieben auch die Lehrlinge gegen Betriebsunfälle versichert. Es bedarf keiner besonderen namentlichen Aufzählung der Lehrlinge bei der zuständigen Berufsgenossenschaft. Erforderlich ist vielmehr nur, daß betriebsseitig diese Lehrlinge in den jährlichen Lohnnachweisen geführt werden.

5. Arbeitslosenversicherung: Auf Grund § 69 des Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes sind gegen Arbeitslosigkeit diejenigen Personen versichert, die gemäß der Reichsversicherungsordnung für den Fall der Krankheit als pflichtversichert gelten. Hierunter fallen, wie vorstehend unter 1. bereits ausgeführt, die Lehrlinge. Allerdings ist versicherungsfrei die Beschäftigung auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrags von mindestens zweijähriger Dauer. Die Versicherungsfreiheit erlischt 12 Monate vor dem Tode, an dem das Lehrverhältnis durch Zeitablauf endet. Der Arbeitgeber muß aber bei der zuständigen Krankenkasse eine Befreiungsanzeige vorlegen. — Wird nun das Lehrverhältnis vorzeitig beendet, der Lehrling aber bei einem andern Lehrherrn auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrags mindestens für den Rest der zweijährigen Dauer weiterbeschäftigt, so ist auch diese Beschäftigung versicherungsfrei. Selbstverständlich müssen auch diese Lehrverträge von den beiden Kontrahenten — Lehrherrn und Lehrling und dessen gesetzlichen Vertreter, das heißt eventuell an Stelle des Vaters des Lehrlings — ordnungsgemäß unterschrieben sein.

R. V.

Warum Zahnärztekampf gegen die Zahnkliniken der Krankenkassen?

Trotzdem im § 179 der Reichsversicherungsordnung die Leistungen der Krankenkassen im allgemeinen festgelegt sind betreffs Regelung und Mehrleistungen, versuchen einzelne Arztgruppen immer wieder gegen die von einzelnen Krankenkassen eingeführten und satzungsgemäß festgelegten Mehrleistungen durch Anrufung der Kassenaufsichtsbehörde vorzugehen. Besonders scheint die im „Reichsverband der Zahnärzte“ organisierte Zahn-

ärzteschaft die von den Krankenkassen errichteten bzw. eingerichteten circa 200 Zahnkliniken diesen Kampf führen zu wollen. Es werden vielfach von den Zahnärzte-Bezirksorganisationsgruppen den Aufsichtsböörden Beschwerden gegen die einzelnen Zahnkliniken der Krankenkassen unterbreitet, wonach diese wegen der zahnärztlichen Behandlung angeblich zu hohe Preise für Zahnerfahrungen nehmen und somit ein Erwerbsgeschäft betreiben zum Schaden der Krankenkassenmitglieder und der freiarbeitenden Zahnärzteschaft usw.

Einen solchen Vorstoß versuchte auch die Zahnärzte-Bezirksgruppe in Br. gegen die Ortskrankenkasse in Br., die ebenfalls seit Jahren eine größere Zahnklinik für ihre Rassenmitglieder errichtet hatte (circa 12/13 Zahnärzte und 10/11 Zahntechniker). Das angegriffene Bezirksversicherungsamt und ferner das Oberversicherungsamt in Br. stellten aber nach erfolgter Prüfung fest, daß die eingerichtete größere Zahnklinik der Ortskrankenkasse in Br. sich in ihren Mehrleistungen gegenüber ihren Rassenmitgliedern im Rahmen der Reichsversicherungsordnung und der vorhandenen Rassenversicherungsbestimmungen gehalten hatte. Außerdem wurde in der abweisenden Bescheidentscheidung der Bezirks-Zahnärzteorganisation nun weiter bedeutet, daß keine gesetzliche Vorschrift bestände, den Krankenkassen die Errichtung von Zahnkliniken zu verbieten (§§ 193, 205 und 372), sondern vielmehr diese für ordnungsgemäße ärztliche Behandlung der erkrankten Rassenmitglieder und deren Familienangehörigen Sorge zu tragen hätten. Desgleichen fehle auch eine Vorschrift, in welcher Weise die Krankenkassen approbierte Ärzte, Zahnärzte, in gewissen Grenzen auch Zahntechniker zur Behandlung der Zahnkrankheiten, die ihr obliegt, heranzuziehen hätten usw. Die Zahnärzteschaft hat somit auch im Bezirk Braunschweig bei ihrem ungesetzlichen Vorgehen keinen Erfolg gehabt, sondern es wurden vielmehr die Mehrleistungen in zahnärztlicher Hinsicht in beiden Aufsichtsinstanzen im Interesse der Rassenmitglieder und deren Familienangehörigen behördlich anerkannt. Hoffen wir, daß es der Zahnärzteschaft bei anderen ähnlichen Vorgehen gegen die Krankenkassen-Zahnkliniken ebenso ergehen möge, wie es im vorstehenden Streitfall geschehen ist.

R. V.

Arbeitsrechtliches

Eine Stunde am Arbeitsgericht

Über 400 000 Streitsachen werden vor den Arbeitsgerichtsbehörden jährlich anhängig gemacht. Wenn man bedenkt, daß die Erledigung dieser Streitsachen von rund 600 Arbeits- und Landesarbeitsgerichten zu bewältigen ist, so kann man ermaßen, daß bei diesen Gerichtsbehörden Hochkonjunktur in höchster Vollendung herrscht. Noch dazu sind rund 4 1/2 Millionen Arbeitslose aus dem Erwerbsleben ausgeschieden, die nichts vor dem Arbeitsgericht zu klagen haben. Wer ist am häufigsten vor den Arbeitsgerichten? Zwei Drittel aller Klagen sind Arbeitsstreitigkeiten, den Rest bestreiten Angestelltenfragen und sonstige vor den Arbeitsgerichten zu entscheidende Streitfälle.

Bei den Streitigkeiten handelt es sich meistens um Lohn-, Urlaubs- und Wiedereinstellungsfragen. Die vor das Arbeitsgericht zitierten Unternehmer haben alle die gleiche Manier an sich; sie schimpfen auf den Kläger und alle Eigenschaften von faul bis liederlich werden vom Beklagtenpult wie durch einen Lautsprecher in den Sitzungssaal polautet. Vom Kläger und seinen Gewerkschaftsvertretern dagegen wird sachlich der dem Streitfall zugrunde liegende Sachbestand vorgetragen. Zwischen durch richtet der Vorsitzende Fragen an die Parteien, und werden diese übermäßig erhibt, so ist es seine Aufgabe, für Abkühlung zu sorgen. Das ist in allen Verhandlungen daselbe. Interessant gestalten sich die Verhandlungen, wo besondere Anlässe vorliegen, wie zum Beispiel in nachstehenden Fällen.

Vor dem Arbeitsgericht erschienen fünf entlassene „Berräter“ der allein seligmachenden Hitler-Religion, um vom „Angriff“, dem Hitler-Organ von Berlin, ihr Gehalt und die Herausgabe ihrer Papiere zu verlangen. Nachdem der Prokurist im Namen des Verlags schon andern Klägern in einem früheren Termin mit großer Geheiß je 100 M auf Konto eines eventuellen Vergleichs zugestanden hat, ließ sich der „Angriff“ diesmal überhaupt nicht vertreten, weil außer dem angeblich an Halsentzündung erkrankten Prokuristen niemand über eine Vollmacht verfügt.

Die Kläger schilderten die trappen Zustände, wie sie in Betrieben des „Dritten Reiches“ üblich sind, und daß zum Beispiel in dem Betrieb mit 150 Angestellten weder ein Betriebsrat existiere, noch die in Verlagen üblichen Tarifgehälter gezahlt worden seien. Sie wurden, als die Revolte im Hitlerlager in Berlin vor einiger Zeit ausbrach (Stennes kontra Goebbels), mit Gewalt am Betreten der Diensträume gehindert und bekamen nicht einmal Antwort, als sie ihre Dienste durch Einschreibebrief dem Verlag des „Angriff“ zur Verfügung stellten. Der Notemmeister und seine Frau wurden sogar von den Hitlerkreuzen SS-Leuten nachts um 3 Uhr aus ihrer Dienstwohnung vertrieben und durften nicht einmal ihre eigenen Sachen mitnehmen. Was das Tarifgehalt betrifft, wurde es den dort Beschäftigten zwar versprochen, aber nicht bezahlt. Alle diese berechtigten Forderungen wurden teils in Schriftsätzen, teils mündlich vorgetragen. Da der „Angriff“ nicht vertreten war, beantragten die Kläger Verfallurteil, das auch erlassen wurde. So geht es den Leuten, die in Betrieben von Hitler beschäftigt sind.

Der nächste Fall behandelt einen Schadenersatzanspruch eines Verkäufers, der während seiner Tätigkeit infolge Zugluft das Gehör verloren hat. Der Kläger behauptet, infolge starker Zugluft an seinem Arbeitsplatz eine Erkrankung bekommen zu haben, in deren Verlauf er das Gehör auf einem Ohr verlor. Nach seiner Ansicht lag ein Verschulden des Arbeitgebers vor, da er wiederholt wegen Abstellung des Mißstandes bei der Geschäftsleitung vorstellig geworden war. Auch andere Angestellte sollen sich Erkältungen und Ohrenentzündungen in den unangünstig gelegenen Geschäftsräumen, die besonders einer starken

Kameraden!

Sichert auch bei Erwerbslosigkeit Eure Mitgliedschaft und damit Eure Rechte im Verband. Haltet ständig Fühlung mit Eurer Zahlstelle. Die Mitgliedsbücher erwerbsloser Kameraden sind durch Kleben der Freimarken laufend in Ordnung zu halten.

Zugluft ausgefegt waren, zugezogen haben. Der Verkäufer verklagte die Firma auf Ersatz des ihm entstandenen Schadens, das heißt Bezahlung der Kurkosten und darüber hinaus die Zahlung einer lebenslänglichen Rente, da er durch die Taubheit auf einem Ohr an seiner Arbeitskraft vermindert sei. Im in diesem Fall ein Urteil fällen zu können, waren Lokaltermine notwendig und Baufachverständige mußten hinzugezogen werden, um das Verschulden oder Unverschulden der Firma festzustellen. Das Gericht sowie der vom Gericht angestellte Baufachverständige hatten auch tatsächlich festgestellt, daß die beklagte Geschäftsleitung es an der ihr als Arbeitgeber obliegenden Sorgfaltspflicht habe fehlen lassen. Damit war die Schuldfrage erstmals gelöst.

Des weiteren wurde von mehreren vom Gericht vernommenen Ärzten festgestellt, daß der ursächliche Zusammenhang zwischen dem ungünstigen Arbeitsplatz und der Ohrerkrankung des Klägers bejaht werden kann. Dagegen konnten sich die Ärzte in ihrem Gutachten nicht darüber einig, in welchem Grade die Erwerbsminderung beim Kläger eingetreten sei. Das Gericht nahm schließlich eine Minderung von 30 % an und verurteilte die beklagte Firma, an ihren früheren Verkäufer außer einer einmaligen Summe von zirka 2300 M eine Rente von 89 M monatlich zu zahlen. Die Rentenzahlungen sind an den Kläger, bis dieser sein 65. Lebensjahr erreicht hat, zu leisten. Damit war ein prinzipieller Schadensersatzprozeß, wenn durch Fahrlässigkeit des Arbeitgebers einem bei ihm Beschäftigten durch Zugluft wesentliche Nachteile zustoßen, durchgeführt worden.

Das bemerkenswerte Urteil ist für weite Kreise der Arbeiterschaft von großer Bedeutung. Welchen Schaden die nachlässig handelnde Firma zu tragen hat, geht daraus hervor, daß der Kläger jetzt erst 40 Jahre alt ist und für noch 25 Jahre die schon oben angeführte monatliche Rente an den Kläger zu zahlen hat. Es kommt insgesamt also ein Betrag von über 20 000 M in Frage, eine Summe, die die Firma sich hätte sparen können bei rechtzeitiger Vornahme einer kleinen baulichen Veränderung.

Der nächste Streitfall wird aufgerufen und die Parteien treten ein. Es wird wiederum verhandelt und dabei versucht, ohne Urteil auszukommen, um auf dem Wege des Vergleichs den Streit aus der Welt zu schaffen. Das war nicht möglich und Zeugen sollen vernommen werden, deshalb wird ein neuer Termin anberaumt. Wieder kommen die nächsten, und so geht es weiter, bis ein Sitzungstag beendet ist. Manchmal werden eine Reihe von Fällen in einer Stunde Arbeitsgerichtsitzung ihrer Erledigung zugeführt. Sehr groß ist aber auch die Zahl, wo zur Behandlung einer Streitsache mehrere Stunden allein benötigt werden. In den größeren Arbeitsgerichten müssen sehr oft 20 bis 30 Fälle während der Sitzungszeit pro Tag erledigt werden, und nur somit ist es möglich, die riesige Zahl der Streitfälle aus dem Arbeitsverhältnis zu bewältigen. Wenn auch rund 28 % aller anhängig gemachten Klagen auf dem Vergleichswege im Güteverfahren beigelegt werden, so müssen für die übrigen Klagen doch immerhin ein bis zwei und noch mehr Termine anberaumt werden, um die Akte für immer beiseite legen zu können.

Politische Wochenschau

Haushaltsausschuß wird Anfang August einberufen — Die Auswirkungen der Krise auf dem Devisenmarkt — Aufruf der SPD. an die Arbeiterschaft — Keine Forderung des Schlichtungswesens — Ist Schacht Nazi? — Sturmzügen in den Länderparlamenten — Wilhelm Bock gestorben

Unter dem Druck der Parteien sah sich der Reichszankler Dr. Brüning genötigt, seine Zusage zu geben zur Einberufung des Haushaltsausschusses. Zwar ist das Datum des Zusammentritts des Haushaltsausschusses noch nicht endgültig festgesetzt, aber nach zuverlässigen Meldungen sollen die Beratungen des Ausschusses über Änderung der Notverordnung Anfang August beginnen.

Verursacht durch die unsicheren politischen Verhältnisse im Reich wurde der Gold- beziehungsweise Devisenbestand der Reichsbank stark in Anspruch genommen. Der Verlust an Devisen betrug in den letzten zwei Wochen 1010 Millionen Mark. Es ist in der Geschichte der Reichsbank bisher noch nicht vorgekommen, daß in so kurzer Zeit so ungeheure Devisenforderungen befriedigt werden mußten und damit zu enormen Devisenverlusten führten. Daraus ist am deutlichsten die Krisenstimmung zu erkennen. Durch die großen Devisenverluste veranlaßt, wurde die Reichsbank gezwungen, den Diskontsatz von 5 auf 7 % zu erhöhen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich in einem Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft gewandt, um gemeinsam den Kampf gegen die sozialpolitischen Verschlechterungen aufzunehmen. In dem Aufruf heißt es unter anderem: „Die Sozialdemokratische Partei hat den Kampf gegen die Notverordnung aufgenommen. Sie will die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft erhalten. Dazu sind Sparbarkeit am rechten Ort und neue Einnahmen notwendig. Die Notverordnung spart an den Ärmsten und schont die Reichsten. Die Sozialdemokratie fordert, daß ihr sozial ungerechter Inhalt durch einen gerechteren ersetzt wird. In diesem Kampf steht die Sozialdemokratie fast allein. Im Reichstag hat sie von 577 Sitzen nur 143 — ein Viertel! Die anderen Parteien, die sich gegen die Notverordnung erklärt haben, verfolgen ganz andere Ziele als sie. Nationalsozialisten und Deutschnationale, Großagrarien und volksparteiliche Scharfmacher wollen die Arbeiterbewegung vernichten. Sie wollen eine Regierung der Rechten als Leberleitung zum Faschismus. Dazu brauchen sie den Zusammenbruch. Ihn herbeizuführen, ist der Zweck ihrer Ministerarbeit — und

die Kommunisten helfen ihnen dabei! Die Krise ist schwer. Die Reichsbank hat eine Milliarde in Gold und Devisen hergeben müssen; sie kann bald keine Noten mehr drucken, weil die Golddeckung fehlt. Werden die Kredite weiter eingeschränkt, so drohen Zusammenbrüche und vermehrte Arbeitslosigkeit. Und wenn die Gemeinden kein Geld mehr haben, um Unterstützung zu zahlen — was dann? Die Rechtsradikalen und die Kommunisten rühret das alles nicht. Ihnen ist es recht, wenn es noch schlimmer wird, denn sie hoffen im Trüben fischen zu können. Im wachsenden Elend des Volkes suchen sie politischen Gewinn. Die Sozialdemokratie will von dem, was jene wollen, das gerade Gegenteil: Schutz der Massen vor wachsender Verelendung, nicht die Katastrophe und nicht den Bürgerkrieg! Die Regierung Brüning ist nicht unsere Regierung. Wir haben mit ihr weiter nichts zu tun, als daß wir ihr gegenüber die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten. Wir verhehlen nicht die Schwere des Kampfes, nicht die Größe der Gefahr. Kommt eine Rechtsdiktatur, so ist nicht nur jede Hoffnung auf eine Erleichterung der Reparationslasten zerstört, sondern auch dem Fortschritt des Sozialismus die brutale Gewalt entgegengesetzt. Die Demokratie, die politischen Rechte der Arbeiter zu erhalten, ist doppelt notwendig in einer Zeit, in der das Verlagen des kapitalistischen Systems den Kampf für den Sozialismus zur Forderung des Tages macht. Mehr umfritten, mehr gehaßt und mehr berannt denn je, geht die Sozialdemokratie, ganz auf sich selbst gestellt, im Sturm ihren Weg. Sie bleibt was sie war und ist: die deutsche Arbeiterpartei! Stärkt die Macht der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften! Je schwerer der Kampf, je größer die Gefahr, desto notwendiger sind Einigkeit und Begeisterung für die großen Ziele des Sozialismus.“

Die Deutsche Volkspartei ist im besonderen deshalb nicht mit dem Inhalt der am 5. Juni erlassenen Notverordnung einverstanden, weil die Aufhebung der gesetzlichen Bindung der Tarifverträge darin nicht enthalten war. Dr. Dingeldey, der Vorsitzende dieser schwerindustriellen Partei, versuchte, noch in den letzten Tagen des Reichskabinetts und besonders den Reichszankler Dr. Brüning davon zu überreden, daß den Wünschen der Schwerindustrie Rechnung getragen wird. Die öffentlichen Anfragen in der Presse, welche Stellungnahme die Regierung zu den Forderungen der Deutschen Volkspartei einnimmt, haben erreicht, daß die Reichszanklei in einer Erklärung bekanntgab, daß eine Zusage, den Wünschen der Schwerindustrie Rechnung zu tragen, nicht gemacht wurde, sondern ausdrücklich abgelehnt worden ist.

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat schon dem deutschen Volke sehr viel Unheil verursacht. Erst in letzter Zeit trug sich dieser Herr mit dem Gedanken, ein Direktorium zu bilden, das eine Ausschaltung der Regierung und des Parlaments zum Ziele hatte. Durch den Umschwung der letzten Wochen in der Stellungnahme zur Notverordnung der einzelnen Parteien ist daraus nichts geworden. Die Pläne, mit denen sich Dr. Schacht zum Unglück des deutschen Volkes beschäftigt, sind rein für das „Dritte Reich“ abgestellt. Nach einer Meldung des Berliner Straßer-Organs soll nun dieser Schädling seinen Eintritt in die Hitler-Partei vollzogen haben. Wenn dem so ist, werden wir in nächster Zeit noch mehr Anliefsames über Dr. Schacht hören.

Als bei der Landwirtschaftsdebatte im Bayerischen Landtage der Bauernbündler Luzenberger die „überspannt nationale“ Politik der Nationalsozialisten kritisierte, erfolgten von den nationalsozialistischen Bänken minutenlang lebhafte Unterbrechungen und Zwischenrufe, so daß der Präsident dem Redner nur mit Mühe Gehör verschaffen konnte. Als nächster sprach der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Hellmuth, der mit der Drohung schloß: „Wenn Hitler und die Nationalsozialisten ans Ruder kommen, dann werden sie durchgreifen, Köpfe werden dann in den Sand rollen.“ Der Redner erhielt wegen grober Ungehörigkeit ebenfalls einen Ordnungsruf, dem im weiteren Verlauf der Sitzung drei andere folgten, weshalb er vom Vizepräsidenten aus dem Saal verwiesen werden mußte.

Bei Behandlung einer Regierungsvorlage im Thüringischen Landtag über Vergebung von Rechten zur Aufwindung und Gewinnung von Erdöl kam es zu Tumulten. Die Auseinandersetzungen nahmen so scharfe Formen an, daß der Präsident den Abgeordneten Sautel (Nafkoz.) aus dem Saal verweisen mußte. Die nationalsozialistische Fraktion verließ darauf geschlossen den Sitzungssaal. Die Vorlage der Regierung wurde in Abwesenheit der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen, die schon zuvor den Saal verlassen hatten, angenommen.

In der Sitzung des Oldenburgischen Landtags wurde die Beamteneinrichtung durch die Annahme eines nationalsozialistischen Mißtrauensvotums mit den Stimmen der Antragsteller, der Deutschnationalen und der Kommunisten gestützt. Die Sozialdemokratie und das Zentrum enthielten sich der Stimme. Im Anschluß an die Abstimmung erklärte der Ministerpräsident, daß sich der Landtag schnellstens um die Bildung einer neuen Regierung bemühen möge. Dem bisherigen Kabinett könne nicht zugemutet werden, längere Zeit als Geschäftsministerium zu amtieren.

Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und wiederholte Alterspräsident des Reichstages, Genosse Wilhelm Bock, Gotha, ist plötzlich im Alter von 85 Jahren gestorben. Die Nachricht kam überraschend, denn Wilhelm Bock war noch einer von denen, der auf dem Leipziger Parteitag der SPD. trotz seines Alters teilgenommen hat. Fast zwei Menschenalter hat Wilhelm Bock, der am 28. April 1846 geboren ist, in der sozialistischen — und Gewerkschaftsbewegung gestanden. Schuhmacher von Beruf, hat er sich schon in seinen jungen Jahren der Gewerkschaftsbewegung ange-

schlossen und ist sehr bald in eine führende Stelle aufgerückt. Er war jahrzehntelang Redakteur des Fachorgans, das er unter vielen Schwierigkeiten auch durch die Zeit des Sozialistengesetzes hindurchführte. In der sozialistischen Bewegung war er von Anfang an einer der aktivsten Kräfte und der Gothaer Einigungskongreß der beiden sozialistischen Parteien, der Cassellaner und Eisenacher im Jahre 1875 wurde von ihm vorbereitet und eröffnet. Noch im letzten Reichstag bekleidete unser Wilhelm Bock das Amt des Alterspräsidenten. Die deutsche Arbeiterschaft verliert in ihm einen aufrechten und zielbewußten Streiter im Kampfe um die Verwirklichung der sozialistischen Idee.

Briefkasten der Redaktion

Ein Zimmerer. Die Verpflichtung des Unterhaltspflichtigen des unehelichen Kindes, dem Kinde bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres den der Lebensstellung der Mutter entsprechenden Unterhalt zu gewähren, bedeutet eine zwingende Vorschrift. Durch Arbeitslosigkeit erlischt die Unterhaltspflicht nicht. Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann der Unterhalt auch für die Vergangenheit verlangt werden. Wenn Du zur Zeit nicht in der Lage bist, irgendeinen Betrag für den Unterhalt aufzubringen, so kann der an Deine Stelle tretende Fürsorgeverband (Gemeinde) auf dem Wege des Verwaltungsverfahrens von Dir die von ihm geleistete Unterhaltspflicht zurückverlangen. Nur bei wesentlichen Änderungen der Verhältnisse können die Zahlungen anderweitig festgesetzt oder auch erlassen werden.

Literarisches

Frith Larnow: Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse. Referat und Revolution auf dem Leipziger Parteitag der SPD. am 1. Juni 1931. Verlag S. S. W. Dieck, Berlin. Preis 20 S. Umfang 32 Seiten. Mit feinem Referat „Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse“ hat Frith Larnow dem Kapitalismus eine wichtige Anklage erhoben und zugleich unerhört eindringlich die wirtschaftliche Situation gezeichnet, in der sich die Politik unserer Zeit abspielt. Seine gründliche Untersuchung der Ursachen der kapitalistischen Krise ist dabei ebenso wissenschaftlich richtig wie allgemein verständlich. Es handelt sich bei den Problemen in Larnows Referat um die Lebens- und Schicksalsfrage des deutschen Volkes und insbesondere der deutschen Arbeiterschaft. Deshalb muß die Brochüre besondere Beachtung finden.

30 neue Erzähler des neuen Rußland. Maffi-Verlag, Berlin. Preis der Propaganda-Ausgabe 3,75 M in einem Leinenband. Es sind die bedeutendsten Erzähler des neuen Rußlands, die hier zu Worte kommen. Was sie erzählen? Nun, alles was das junge Rußland bewegt. Kampf und Glaube, Hoffnung und Sieg spricht aus den schönen Kurzgeschichten, die in geschmackvoller Form in dem Bande vereinigt sind. Es ist ein Verdienst des Verlages, daß er den deutschen Lesern diese Erzähler zugänglich gemacht hat. Das Buch verdient weiteste Verbreitung. In allen Volksbuchhandlungen kann man es kaufen.

Die Liebe der Jeanne Ney. Von Ilga Ehrenburg. Maffi-Verlag, Berlin. Preis der Propaganda-Ausgabe 3,75 M in einem Leinenband. Der Verfasser des Buches ist kein Unbekannter. Schon in der Vorkriegszeit hat der Dichter und Revolutionär einige gute Arbeiten herausgebracht. Eine der bedeutendsten der Nachkriegszeit ist „Die Liebe der Jeanne Ney“. Es ist eine Liebesgeschichte, wenn man so will. Jedoch keine in Courtis-Mahler-Stil. Tief und edel ist die Liebe Ehrenburgs zu den Menschen seiner Zeit. Und von Menschen unserer Zeit handelt das Buch; von liebenden Menschen, deren Schicksal durch die große Revolution beeinflusst und bestimmt wird. Man muß es lesen; denn es ist literarisch wertvoll. Zu haben in allen Volksbuchhandlungen.

Wegweiser durch die Krankenversicherung. Neunte Auflage. 39 Seiten. Einzelpreis 30 S., bei Mehrbezug Ermäßigungen. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Sterbetafel.

- Bernau. Am 8. Juni starb unser Kamerad **Wilhelm Erdmann** im Alter von 55 Jahren.
- Crimmitschau. Am 3. Juni starb unser Kamerad **Louis Horn** im Alter von 65 Jahren an Magenkrebs. — Am 15. Juni starb unser Kamerad **Karl Kießling** im Alter von 58 Jahren an Gasvergiftung.
- Dresden. Am 1. Juni starb unser Kamerad **Ernst Totterwitz** im Alter von 59 Jahren an Schlaganfall.
- Einzelzahler. Am 24. Mai verunglückte tödlich in Marseille (Frankreich) unser Kamerad **Karl Jelken** im Alter von 22 Jahren infolge Motorradunfall.
- Emden. Am 15. Juni starb unser Kamerad **Wilhelm Ramann** im Alter von 37 Jahren an Lungenleiden.
- Rönigsberg i. Pr. Am 11. Juni starb unser Kamerad **Franz Legat** im Alter von 71 Jahren.
- Ronstadt. Am 1. Juni starb unser Kamerad **Gottlieb Mandry** im Alter von 32 Jahren an Lungenentzündung.
- Leipzig. Am 15. Juni starb unser Kamerad **Gerhard Gödel** im Alter von 16 Jahren an Lungen- und Nierenentzündung.
- Magdeburg. Am 7. Juni starb unser Kamerad **Gottfried Brandt** im Alter von 59 Jahren an Magenkrebs.
- Lübeck. Am 7. Juni starb unser Kamerad **Karl Hamann** im Alter von 68 Jahren an Schlaganfall.
- Oldenburg. Am 2. Juni starb unser Kamerad **August Ewald** im Alter von 65 Jahren an Leberkrankheit.
- Zeitz. Am 9. Juni starb unser Kamerad **Richard Lippold** im Alter von 43 Jahren an Blutsturz.

Ehre ihrem Andenken!